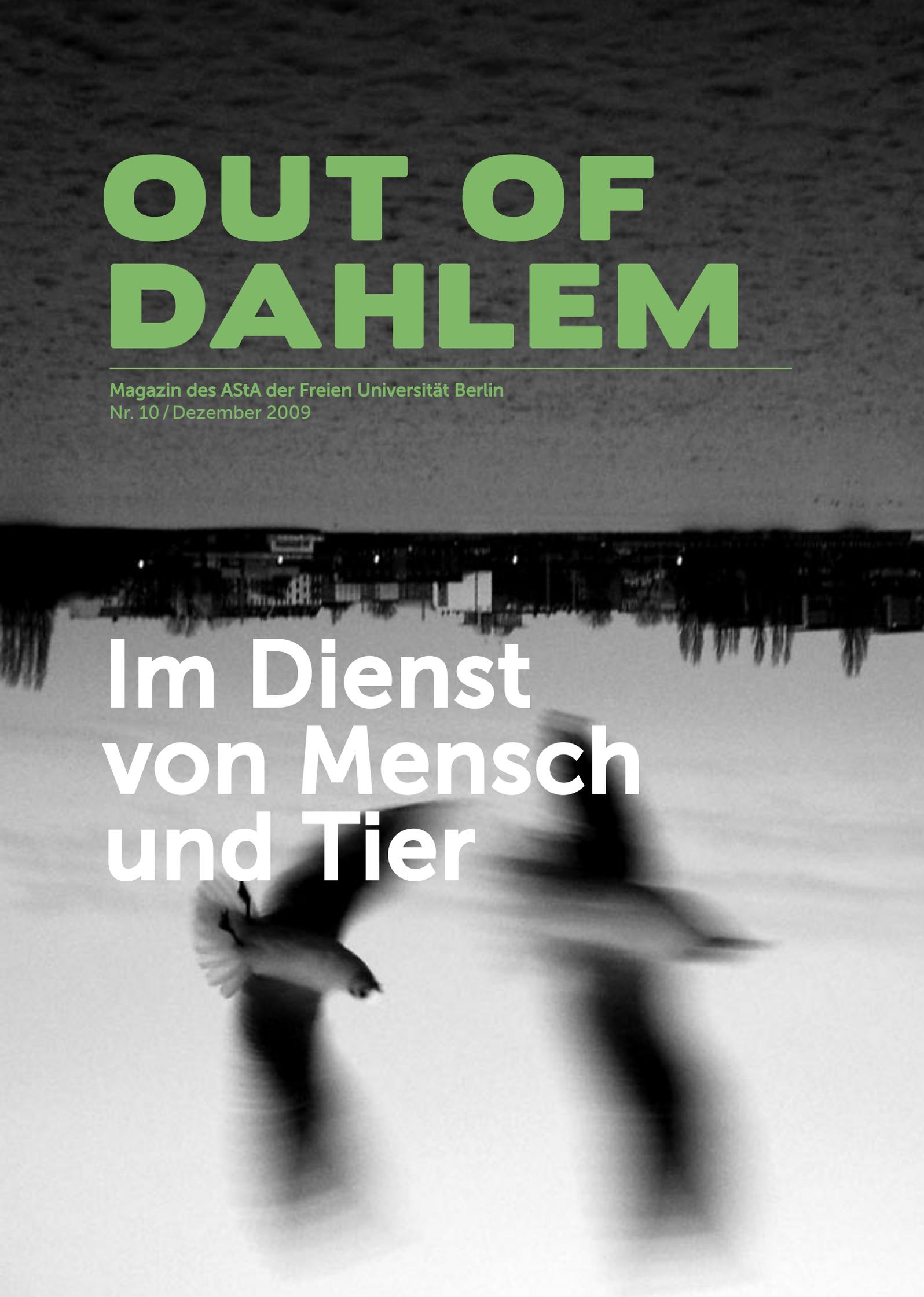


OUT OF DAHLEM

Magazin des AStA der Freien Universität Berlin
Nr. 10 / Dezember 2009

Im Dienst
von Mensch
und Tier



AStA-Beratungen

Sofern nicht anders angegeben finden alle Beratungen im AStA-Haus, Otto-von-Simson-Straße 23 (gegenüber der Mensa II, Silberlaube) statt. Aktuelle Sprechzeiten auf www.astafu.de oder beim Infobüro-Dienst.

Infobüro im AStA-Haus

Montag–Freitag, 10.00–18.00 Uhr;
außerhalb der Vorlesungszeit:
Montag–Donnerstag, 11.00–16.00 Uhr,
Freitag, 13.00–16.00 Uhr
Telefon: (030) 839 091-0
Fax: (030) 831 45 36
E-Mail: info@astafu.de

Ausländer_innen-Beratung

Telefon: (030)839 091-17
E-Mail: aref_fu@yahoo.de

Bafög-Beratung

Telefon: (030) 839 091-12

Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Raum JK29/202, Silberlaube
Telefon: (030) 838 56 203
E-Mail: astabehindertenberatung@astafu.de

Fachschaftsreferat

E-Mail: fsref@astafu.de

Frauenreferat

Telefon: (030) 839 091-23
E-Mail: frauen@astafu.de

Hochschulberatung

Telefon: (030) 839 091-12
E-Mail: hochschule@astafu.de

Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: (030) 839 091-23

Medienwerkstatt

Telefon: (030) 839 091-11

Rechtsberatung

Telefon: (030) 839 091-0
Keine telefonische Beratung, keine Mieter_innen-Beratung. Vorherige Anmeldung im Info-Büro.

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Beratung

Telefon: (030) 839-091-18
Online: www.gaycampus.de/beratung
E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

Semesterticketbüro

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos)
Telefon: (030) 839 091-40
Online: www.astafu.de/semstixbuero
E-Mail: semstixbuero@astafu.de

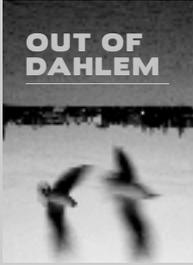
Sozialberatung

Telefon: (030) 839 091-12

Wähle dein
Studierendenparlament
12.–14. Januar 2010

Infos: web.fu-berlin.de/zvw

Impressum



OUT OF DAHLEM

Magazin des AStA
der Freien Universität Berlin
Ausgabe Nr. 10,
Wintersemester 2009/2010

Herausgeber_in

AStA der Freien Universität Berlin
Otto-von-Simson-Straße 23
14195 Berlin,
Telefon: (030) 839 0910
Online: www.astafu.de

Redaktion

Öffentlichkeitsreferat AStA FU,
Peter Flüh, Falko Grothe, Harald Herbich,
Frauke Liebertz, Kai Kampmann,
Felix Koch
Kontakt: oeffref@astafu.de

Gestaltung/Illustrationen:

Kai Kampmann

Titelfoto:

Michael Schulz

Druck

AStA-Druckerei

Belichtung

Medienraum, RefRat
der Humboldt-Universität

Auflage 5000 Exemplare

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die
Ansichten der Redaktion oder einzelner
Mitglieder selbiger wider.

Die abgedruckten Artikel erscheinen unter
einer Creative-Commons-Lizenz. Sie
dürfen unter Nennung der Autor_innen
unverändert und unkommerziell weiter-
verbreitet werden.

Editorial

Liebe lesenden Menschen,

und liebe

Schafe auf den Anwesenheitslisten,
Käfer in der Borke,
Vögel in den Köpfen,
Pferde auf der Domäne Dahlem,
Nachteulen im Hörsaal,
Ratten auf dem Schiff,
Eichhörnchen im AStA-Garten!

Diesmal gehts um

Falken in Kolumbien,
Bullen auf dem Campus,
Schweine im Versuchslabor,
Würmer im Bildungssystem,
Hummeln im Arsch oder
Fischköpfe in Hamburg.
Und noch mehr.

Viel Spaß beim Überfliegen,
Kaffeekleckschen und Lesen,
die Redaktion



Im Internet

AStA-Homepage:

www.astafu.de

AStA-Blog:

blogsport.astafu.de

Kurzinfos:

twitter.com/astafu

Fachschaftsinitiativen:

fachschaftsinitiativen.de.vu

Bündnis für freien Bildung:

www.freie-bildung-berlin.de

Aktionsbündnis

gegen Studiengebühren:

www.abs-bund.de

Bündnis für Politik-

und Meinungsfreiheit:

www.studis.de/pm

Inhalt

6

Die Axt im Walde
Studi-Proteste in
Wien stören den
»Uni-Frieden«

10

**Ich hab noch einen
Koffer in Berlin.
Oder Hamburg**
Dieter Lenzen auf
dem Weg ins
Abenteuerland

14

**Wem gehört die
Uni? Von einem
Präsidenten-Port-
rait, das keines war**

22

Kein Einzelfall
Zum alltäglichen
Rassismus
an der FU

26

**Überleben statt
schönes Leben**
Ein Gespräch über
Militär auf dem
Campus und neo-
liberale Reformen
in Kolumbien

32

**Im Dienst von
Mensch und Tier**
Die folgenreiche
Kooperation von
*Boehringer
Ingelheim* und
der Tierärztlichen
Hochschule
Hannover

38

Und alle finden's gut
Anmerkungen zur
Welle von
Hörsaalbesetzungen

41

Edi Bese Es gibt
kein richtiges Leben
im falschen
Bildungssystem

42

**Streiken für
veredelte
Konkurrenz
in Schule und
Hochschule**
Bildungsstreik
2009

45

**Aneignen statt
Enteignen**
Besetzung der
Villa BEL an der
TU Berlin

50

Kafka in Dahlem
Zu den Folgen
der Proteste
anlässlich der
Immafeier 2008

Die Axt im Walde

Studierendenproteste in Österreich stören den »universitären Frieden«

Text: Markus Schauta

»Akademie besetzt!« (20.10.2009) Aufgebrachte Studierende besetzen die Aula der Akademie der bildenden Künste in Wien. Die Aktion richtet sich vor allem gegen die Einführung einer Bachelor/Master-Struktur an der Akademie.

»Wessen Uni? – Unsere Uni!« (22.10.2009) Im Sigmund-Freud-Park vor der Universität Wien versammeln sich gegen Mittag mehrere hundert Studierende. Mit ihrem Protest wollen sie auf die untragbaren Zustände an den Universitäten aufmerksam machen.

Bald darauf verlagert sich die Demonstration in die Uni. Weitere Student_innen schließen sich dem Protestmarsch an. Das Ziel steht rasch fest: Das Auditorium Maximum, größter Hörsaal der Uni Wien. Die dort stattfindende Biologie-Vorlesung wird unterbrochen. Nach einer Abstimmung ist es klar: Das Audimax ist besetzt!

»Die Uni brennt!« In den darauf folgenden Tagen springt der Funke auf andere Unis über: Student_innen in Graz, Klagenfurt, Salzburg, Innsbruck und Linz solidarisieren sich mit der Protestbewegung. Es werden weitere Hörsäle besetzt. Österreichweit sind derzeit acht Unis besetzt.

Seit drei Wochen wird in den Medien täglich über die Protestbewegung berichtet. Da rauscht es auch ganz gehörig im Boulevard-Blätterwald: Die *Kronen Zeitung* unter der Knute des alten Hans (Dichand), berichtet in erwarteter tendenziöser Manier. Als auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs schreibt sie den Lesern täglich neue Klischees von saufenden, randalierenden und arbeits-scheuen Student_innen ins Blatt.

Dazu passen Sager wie der vom ÖVP-Chef und Finanzminister Pröll, er »werde nicht zulassen, dass lautstarke Gruppen versuchen, die Politik, das Land und die Steuerzahler in Geiselnhaft zu nehmen.«

Die Regierung versucht die Schuld am Uni-Debakel auf die deutschen Student_innen zu schieben. Diese machen aber gerade mal 7% der Studierenden in Österreich aus. Der wahre Grund für die Misere ist das Versagen der Regierenden, die seit Jahren die sich ständig verschlechternden Zustände geflissentlich ignorieren.

Diesem Negativbild, aufgebaut von Vertreter_innen der Regierung und der Kronen Zeitung, wird von den Protestierenden entschieden widersprochen. Denn der Erfolg der Protest-Bewegung hängt nicht zuletzt vom Meinungsbild der Bevölkerung ab. Zusätzlich zum üblichen Print-Material (darunter eine eigene Zeitung) wird vor allem der virtuelle Raum zum Protest-Ort. Allabendlich beteiligen sich mehrere tausend Personen über Livestream an der Besetzung des Audimax. Mehr als 30 000 User tummeln sich auf der Facebook-Seite der Protestbewegung. Die Website unsereuni.at verzeichnet weit über eine Million Aufrufe (eine Hack-Attacke ändert daran nichts). Die Protestierenden sind über Twitter (*#unibrennt*), Chat und Skype miteinander vernetzt.

Dass die Proteste auch außerhalb der Unis auf breite Zustimmung stoßen, zeigen die mehr als 5000 Solidaritätserklärungen. Laufend langen Sach- und Geldspenden ein, mit

denen die Proteste unterstützt werden. Es tut sich was an den Unis und die Regierung wird das auf Dauer nicht ignorieren können.

Das Audimax – Aushängeschild der Protestbewegung

Die *Österreichische Hochschüler_innenschaft* (ÖH) unterstützt die Proteste, hat diese aber nicht initiiert. Und das ist gut so. Denn damit ist die Gefahr, dass die Bewegung von partei-politischen Überlegungen gesteuert wird, erheblich vermindert. Dem Wissenschaftsminister Hahn und einigen Rektoren ist dies bewusst. Daher fordern sie mit lauter Stimme die ÖH an die Verhandlungstische. Die Studierenden verlangen jedoch ein Ende der Phrasendrescherei und der Leersätze. Die Regierung soll ihre Verantwortung wahrnehmen und sich ernsthaft mit den Problemen im Bildungssektor auseinandersetzen. Als Gesprächspartner ist nicht die ÖH, sondern das Plenum anzusehen.

Das Plenum entscheidet und das Plenum sind wir!

Im Audimax wird täglich ein Plenum abgehalten. Dort wird über Anträge abgestimmt, die von Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen eingebracht werden. An den Plenarsitzungen kann jeder teilnehmen. Die Basisdemokratie verhindert, dass einige wenige sich zu Führer_innen der Bewegung stilisieren.

Im Audimax finden aber nicht nur Plenarsitzungen statt. Das Audimax ist auch Politbühne: Schriftsteller wie Klaus Werner-Lobo und Robert Menasse treten hinter das Redner_innenpult und solidarisieren sich mit der Bewegung. Die *Viennale*-Premiere des Dokumentarfilms über Ute Bock, Gründerin des Vereins *Flüchtlingsprojekt*, wurde im Hörsaal ausgestrahlt.

Stermann und Grissemann wollen ihre Fernsehshow aus dem besetzten Audimax übertragen. *Gustav* und *Anti-Flag* unterstützten die Proteste mit ihrer Musik.



Foto: Kai Kampmann

Werdet aktiv!

Bereits am zweiten Tag der Besetzung beginnen sich Arbeitsgruppen zu bilden. Dort werden (bildungs-)politische Forderungen ausgearbeitet und dem Plenum vorgelegt. Auf Gleichberechtigungs-Defizite im universitären System aber auch innerhalb der Bewegung, wird hingewiesen. Die AG Presse betreibt unermüdlich Öffentlichkeitsarbeit.

Auch kreativer Protest findet statt: So werden Postkarten gedruckt, um diese den Zuhause-Geblienen aus dem »Urlaub Audimax« zu schicken. Theatergruppen machen durch *Freeze-Aktionen* in der Stadt auf die Anliegen der Studierenden aufmerksam.

Als Gegengewicht zur Propaganda der Kronen Zeitung erscheint wöchentlich eine Pro-

test-Zeitung. Diese informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen der Bewegung. Andere Arbeitsgruppen kümmern sich um die notwendige Infrastruktur: Die Volksküche verpflegt täglich etwa 1500 Personen rund um die Uhr mit warmer Mahlzeit. Rechtshilfe und (psychologische) Erstversorgung stehen zur Verfügung. Die AG Müll (bei der letztendlich alle Studierenden mitmachen) sorgt mit Putzmaschinen, Besen und Müllsäcken für Sauberkeit.

Reaktionen aus der Politik

Nachdem der Wissenschaftsminister die Protestaktion zunächst ignoriert hat, zeigt er nun medienwirksam Einsatz für die Unis. 35 Mio. Euro will er aus eine Reserve für Ausnahmesituationen locker machen. Damit soll »die Bewältigung dieser zu Semester-

beginn aufgetretenen Ausnahmesituation« ermöglicht werden. – Ein Hohn gegenüber jenen, die schon seit Jahren die Unterfinanzierung der Unis anprangern! Darüber hinaus viel zu wenig. Den Unis fehlen eine Milliarde Euro pro Jahr. Nur so kann ökonomische Freiheit der Unis im Sinne von Freiheit von der Wirtschaft gewährleistet werden. – Freie Forschung und Lehre ohne Vorgaben durch die Wirtschaft!

Mittlerweile sind sich scheinbar viele Politiker_innen einig, dass etwas an den Unis ganz gewaltig schief läuft. Nachdem die Regierenden die Unis jahrelang kaputt gespart haben, sehen sie nun die einzige Lösung in einer Verminderung der Studierendenzahlen. Zugangsbeschränkungen und Aufnahmehürden sollen aus dem öffentlichen Raum Uni mehr und mehr einen Raum der Eliten, einen Raum für wenige, machen.

Für den 25. November ruft der Wissenschaftsminister Hahn zu einem *Dialog Hochschulpartnerschaft*. Bedenkt man aber, dass Hahn bald seinen Job in Brüssel antreten wird, erscheint das eher als eine Hinhalte-taktik als ein ernst gemeinter Dialog.

Ob die von den Grünen beantragte Nationalratssondersitzung zum Thema *Notstand an den Universitäten* etwas bewirkt, bleibt zu

hoffen. In einem dringlichen Antrag wollen die Grünen mehr Geld für die Unis fordern. Dadurch soll die langfristige Finanzierung der Universitäten sichergestellt werden. (Derzeit wird in Österreich nur 1,3% des Bruttoinlandsprodukts den Hochschulen zur Verfügung gestellt.)

Zwischen den Besetzer_innen des Audimax und dem Rektorat der Uni Wien gibt es immer noch keinen Gesprächstermin. In einem Brief an das Rektorat wurde mitgeteilt, dass Verhandlungen nur in direkter Kommunikation mit dem Plenum geführt werden würden.

Was bleibt zu tun?

Nur wenn Vertreter_innen aller Bildungseinrichtungen an einem Strang ziehen, kann etwas bewegt werden. Die Bildungsmisere betrifft nicht nur die Unis. Auch in den Kindergärten und Schulen herrscht Mangel an Betreuungspersonal und muss über bessere Strukturen nachgedacht werden! Diese Forderungen müssen nach außen getragen werden, damit die Bevölkerung versteht, dass es sich hierbei nicht nur um die überzogenen Ansprüche abgehobener Studierender handelt. Die aufgezeigten Probleme im Bildungssystem betreffen alle!

Solidarische Grüße aus Wien!

Ich hab' noch einen Koffer in Berlin. Oder Hamburg.

Dieter Lenzen auf dem Weg ins Abenteuerland

Text Ronny Matthes

Er hat einen eigenen Fanclub, gute Freund_innen in Wirtschaft, Presse und Politik, eine Kampagne versucht an seinem Stuhl zu sägen und momentan weiß er selbst nicht, was er will: Dieter Lenzen, seit 2003 Präsident der FU Berlin, macht viel von sich reden. Dennoch ist der *Hochschulmanager des Jahres*¹ 2008 vielen Studierenden der FU ein Unbekannter. Wenn man doch die seltene und fragwürdige Ehre hat, dem Präsidenten auf dem Campus zu begegnen, fragt man sich, ob nicht ein Priester vor einer_m steht. Selbst *Die Zeit* attestiert: »So ähnlich kleideten sich früher chinesische Volksführer.«²

Er scheut öffentliche Auftritte an der Uni und war in diesem Jahr nicht einmal bereit, den Erstsemestern auf einer zentralen Immatrikulationsfeier eine Begrüßungsrede zu gönnen. Grund genug, einmal näher hinzuschauen, wer dieser Dieter Lenzen eigentlich ist und für was er steht.

Teile und herrsche

Jahrgang '47, gebürtiger Münsteraner, verheiratet, drei Kinder. Eigentlich vier: »Sei-



ne« *Freie Universität Berlin*, die er auf keinen Fall vorzeitig verlassen will. »Das wäre sonst ja, als hätte man ein Kind gezeugt und würde sich davonmachen.«³ Doch genau das könnte bald geschehen: Wie als erstes die *taz* am 12.11.2009 vermeldete, könnte Lenzen die Nachfolge für die als *Raketen-Moni*⁴ bekannte und mittlerweile abgesetzte Präsidentin der *Uni Hamburg*, Monika Auweter-Kurtz, antreten. Seine Wahl durch den Hamburger Hochschulrat jedenfalls erfolgte am 20.11.2009 mit einer klaren Mehrheit. Lenzen dazu: »Ich werde entscheiden, ob ich die Wahl annehme, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Ich bin optimistisch, dass diese positiv verlaufen.«⁵

An der *FU Berlin* werden die Studierenden derweil im Unklaren gelassen. Selbst auf der Sitzung des *Akademischen Senats* (AS) am 18.11.2009, zwei Tage vor der Wahl Lenzens (!), verkündete die erste Vizepräsidentin Lehmkühl, dass sie von einer Kandidatur Lenzens für das Hamburger Präsidialamt nichts wüsste. Dass diejenige, die kommissarisch das Amt übernehme, wenn Lenzen nach Hamburg gehen sollte, den Anwesenden der AS-Sitzung glattweg ins Gesicht lügt, macht nicht viel Hoffnung auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Auch dass mit Lenzens möglichem Rückzug aus dem Präsidialamt der FU alle übrigen Probleme verschwinden, ist nicht anzunehmen. Vielmehr ist es die starke Präsidiumsposition, die der_dem jeweiligen Präsident_in erlaubt, so autokratisch zu handeln, wie es Lenzen tut. Treffend stellte er fest, dass »die Verfassung der Freien Universität [...] von den Gremien beschlossen worden [ist], und diese Verfassung sagt sehr klar, dass das Präsidium entscheidet.«⁶ Da die Gremien der akademischen Selbstverwaltung auf Präsidiumslinie getrimmt sind, nimmt es nicht Wunder, dass die von Ihnen beschlossene FU-Verfassung ein dermaßen starkes Präsidium vorsieht. Auch auf Fachbereichsebene schickt sich Lenzen an, durch sogenannte Zielvereinbarungen die dortigen Prozesse zu beeinflussen. Nicht zu-

letzt die Mittelvergabe sorgt dort für erhebliche Konkurrenz untereinander, die letztendlich auch auf Kosten der Studierenden geht. Ein Fachbereich mit hoher Abbruchquote und wenig Absolvent_innen wird mit weniger Geld bedacht als ein »effizient« arbeitender Fachbereich. Daher ist auch das Interesse der dortigen Verantwortlichen groß, Langzeitstudis und in ihren Augen ineffizient studierende Menschen loszuwerden. Die FU bezeichnet die notwendigen Instrumentarien als »Prüfungs- und Abschlussberatungen«, unter den Studierenden als Zwangsberatungen bekannt. In ihnen werden Auflagen erteilt, in einer bestimmten Zeit Leistungen zu erbringen. Tun sie dies nicht, droht eine Zwangsexmatrikulation. Hier hätte das Präsidium die Handhabe, diese Regelung sofort auszusetzen, aber der (politische) Wille dazu fehlt.

Leistung um jeden Preis

Lenzen ist Leistungs- und Bundesverdienstkreuzträger. Um die Welt und vor allem Deutschland in eine sonnige Zukunft zu führen, engagiert sich der studierte Erziehungswissenschaftler, Philosoph und Philologe in diversen Netzwerken, so auch der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)*. Dieser neoliberale Thinktank, der unter anderem dadurch berühmt wurden, für knapp 58 000 Euro Dialoge in der ARD-Serie *Marienhof* gekauft zu haben,⁷ tritt für mehr Eigenverantwortung der Bürger_innen und die Beschränkung des Staates auf seine »Kernkompetenzen« ein, was im Klartext die Aufweichung sozialstaatlicher Prinzipien, also die Aufkündigung des Solidarprinzips bedeutet. Ganz im Sinne der *INSM*-Doktrin fordert Lenzen auch für das Bildungssystem: »Gute Arbeit muss belohnt werden, schlechte bestraft, darum geht es.«⁸ Die Übertragung unternehmerischer Prinzipien auf die (Hoch-)Schulen ist ein Steckenpferd Lenzens. Dass Profitstreben und Konkurrenz im direkten Widerspruch zu wissenschaftlichem Arbeiten und Bildungsauftrag stehen, kümmert ihn wenig. Das Präsidium hat großes Interesse an schnellen, erfolgreichen Studienabsolvent_innen – was sich nicht zuletzt gut in der Statistik macht. Folgerichtig wurde die Bologna-Reform an der FU auch überaus rigide umgesetzt: möglichst kurze Studienzeiten, Anwesenheitspflicht, unflexible Studienverläufe, Bevormundungen allerorten.⁹ Die letzten Äußerungen Lenzens hierzu widersprechen jedoch in weiten Teilen seiner bisherigen Einstellung: So gibt er offen zu, starre Studienzeiten seien nicht das Ziel, ein Bachelor müsse auch in vier Jahren studiert werden können. In der programmatischen Studie *Bildung neu denken!* (2005), für die Lenzen die Gesamtreaktion führte, wird noch rigoros dagegegenthalten. Dort fordert er unter anderem auch, dass »Bildungsunternehmen« zukünftig selbst

bestimmen sollten, wer ihr Kunde werden darf und wer nicht.¹⁰ Woher Lenzens Sinneswandel kommt, ist unklar. Soll letztenendes doch der konsequente studentische Widerstand gegen die neoliberale Umstrukturierung der Hochschule auch ihn überzeugt haben? Oder ist es – wohl wahrscheinlicher – das Eingestehen eines Fehlers, den er in der Vergangenheit als Allheilmittel gepriesen hat? In welche Richtung das vermeintliche Eingeständnis geht, lässt sich an seinem Essay *Eine neue Chance für die Bildung?*¹¹ ablesen: Nicht eine Reduzierung von workload durch längere Studienzeiten ist das Ziel, sondern die noch effizientere Strukturierung des Studiums. Denn »[d]as deutsche Bildungssystem geht verschwenderisch mit Lern- und Arbeitszeiten um. Die Gesamtlernzeit im internationalen Vergleich ist zu gering. Die Lernzeit im Jahr, aber auch die Lernzeit an einem einzelnen Tag ist vergleichsweise kurz.«¹² Lenzen scheint – nicht nur in diesem Zusammenhang – aufklärungsresistent zu sein.

Geht schon mal vor, ich warte in der Lobby

Dieter Lenzens Seilschaften sind eng verstrickt mit seinem hochschulpolitischen Handeln. Ende August wurde bekannt, dass die Uni einen auf 350 000 Euro festgesetzten Beratervertrag mit der Firma *Scholz&Friends* unterzeichnet hat. Künftig berät *S&F* die FU in PR-Fragen, um sie für die nächste Runde des Exzellenzwettbewerbs fit zu machen. Das Geld stammt aus Mitteln der *Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)*. Als wäre es nicht schon besorgniserregend genug, dass Mittel, die in anderen Bereichen der Universität dringend benötigt werden, für Propagandazwecke verschwendet statt für den Wissenschaftsbetrieb ausgegeben werden, stellt sich hier die Frage, inwieweit die Auswahl gerade dieser Werbefirma auch von persönlichen Interessen Lenzens gelenkt war. In seiner Funktion als Botschafter der *INSM* hat Lenzen zweifelsohne gute Erfahrungen mit *Scholz&Friends* gemacht. Politikwissenschaftler Rudolf Speth nennt *S&F* nicht umsonst das »Gehirn« der *INSM*. Auch AStA-Öffentlichkeitsreferent Falko Grothe stellte hierzu fest: »Dass Lenzen die öffentlichen Gelder [...] in sein neoliberales Netzwerk fließen lässt, erweckt den Eindruck der Begünstigung.«

Auch zur Presse hat Lenzen beste Kontakte. Mit den Worten »My gratitude also to the daily newspaper *Tagesspiegel*, which has accompanied the series as our media partner«¹³ bedachte er zur *Einstein Lecture* 2005 die Tageszeitung, die ihn an der »Spitze des Widerstands« gegen die von der Politik bedrohten Hochschulen sieht.¹⁴

Den letzten großen Jubelartikel verdankt Lenzen Martin Spiewak, Redakteur im Wissens-

Ressort der Zeit. *Die Uni bin ich!*¹⁵ heißt die sich betont kritisch-solidarisch gebende Lobhymne auf Verkörperer des »neuen Typus des Hochschulmanagers«. ¹⁶ Interessant in diesem Zusammenhang ist die Verleihung des Medienpreises 2006 des Aktionsrats Bildung, in deren Laudatio Spiewaks Arbeit im Ressort Wissen ausdrücklich erwähnt wurde. Wer den Vorsitz des Aktionsrates innehat, braucht kaum noch hervorgehoben zu werden: Dieter Lenzen. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt...

Seinen Fuß in der Tür der Staatsmedien sichert sich Lenzen übrigens als Mitglied im Rundfunkrat des *Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB)*.

Studentische Mitbestimmung? Fehl-anzeige

»Wir diskutieren nicht mit Funktionären«, so Lenzen im Gespräch mit Studierenden. Dass diese sogenannten »Funktionäre« die gewählten studentischen Vertreter_innen sind, scheint für ihn kein Widerspruch zu sein. Auch in den Gremien versucht das Präsidium, kritische Stimmen nicht zuzulassen: Durch politisches Kalkül wird seit Monaten die Nachbenennung der studentischen Vertreter_innen in der *Kommission für Lehrangelegenheiten (KfL)* verhindert. Dies wäre einer der wenigen Orte, an dem konkrete Änderungen z.B. an der Durchführung der Bologna-Reform an der FU möglich wären. Das Recht, die studentischen Vertreter_innen der KfL zu bestimmen, liegt eigentlich allein bei den Studierenden selbst – Lenzen hat durch die gezielte Verschleppung die Kommission de facto arbeitsunfähig gemacht. Hier zeigt sich exemplarisch die Bevormundung durch das Präsidium.

Ein offener Dialog zwischen Studis und Präsidium hat unter Dieter Lenzen nie stattgefunden und wäre angesichts vergangener Vorfälle auch nicht unbelastet möglich. So ließ der Präsident beispielsweise das im Rahmen des Bildungsstreiks im Sommer besetzte Präsidium polizeilich räumen; Zivilpolizei auf dem Campus – das zeigt nicht zuletzt der Herbst-Streik dieses Jahres – wird zum Normalzustand. Die Streikenden fordern deshalb nicht zu Unrecht, auch an der FU nach dem griechischen Modell zu verfahren und Polizei auf dem Campus nicht zuzulassen. Zudem ist dem AStA FU bekannt geworden, dass das Präsidium im Rahmen der Hörsaalbesetzung in der Silberlaube zusätzlichen privaten Wachschutz der Firma *Securitas* eingestellt hat. Diese seien, so die Sicherheitsleute selbst, »zur Deeskalation« anwesend.

Let's talk about... gender

Unter dem apokalyptisch anmutenden Aufmacher *Dürfen Jungen nicht mehr Jungen sein?* stellte der *Spiegel* fest: »Jungen haben laut Lenzen oftmals gar nicht die Chance, eine ausgereifte Geschlechtsidentität zu bilden, da sie im Kindergarten und in der Grundschule meist mit Erzieherinnen und

Lehrerinnen konfrontiert seien.«¹⁷ Grundlage für solche Behauptungen ist das Jahresgutachten *Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem* (Aktionsrat Bildung, 2009), das Lenzen mit herausgab und als wissenschaftlicher Koordinator betreute. Was auch immer eine »ausgereifte Geschlechtsidentität« sein mag – das anachronistische Weltbild Lenzens zeigt sich hier abermals in Reinform.¹⁸ Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse werden verzerrt und ihrer ungeachtet von einer Bevorteilung weiblicher Schüler_innen geschrieben. Grund für das schlechte Abschneiden männlicher Schüler_innen sei der hohe Anteil weiblichen Lehrpersonals, welches das positive Erleben von Rollenvorbildern verhindere, da sich Jungen nicht mit weiblichem Personal identifizieren könnten. In Lenzens Welt der Zweigeschlechtlichkeit (etwas anderes als »Männer« und »Frauen«, »Mädchen« und »Jungen« kennt sein beschränkter Horizont nicht) tut es nichts zur Sache, wie sich real gelebte Kräfteverhältnisse bemerkbar machen und dass männliche Dominanz (nicht nur) in Schulen allgegenwärtig ist. Die Schlussfolgerung des Jahresberichts gibt sich fatalistisch und hat mit jedweder Überwindung von sexistischer Gesellschaftsstruktur abgeschlossen: »Da es offenbar nicht gelingt, tief sitzende Geschlechtsstereotype, traditionelle Familienmuster und mit beiden verbundene Differenzen hinsichtlich der Lebenschancen auszugleichen und der Benachteiligung der Jungen entgegenzuwirken, wird es eine der Hauptaufgaben des Bildungssystems sein müssen, die Disparitäten entlang der Linie »Geschlechterdifferenz« zurückzunehmen und nicht – wie bislang – zu verstärken.«¹⁹

Dieter Lenzen – Not My President

Die Kritik an der präsidialen Führungs(un)kultur wird auf vielen Ebenen geübt. Die studentische Kampagne *Lenzen – not My President!* versucht derzeit für eine Diskussion um die Person und die Funktion eines Dieter Lenzen in der Studierendenschaft zu sorgen. Die Initiator_innen der Kampagne stellen fest, dass »[d]ie demokratischen Mitbestimmungsrechte der Studierenden [...] in den letzten Jahren unter Präsident Dieter Lenzen massiv beschnitten [wurden].«²⁰ Sie wollen mit einer studentischen Urabstimmung die Empfehlung aussprechen, den amtierenden Präsidenten abzusetzen. Von Seiten des AStA FU wurde der Kampagne signalisiert, dass die Kritik an Lenzen, vor allem jedoch am Präsidialamt selbst, geteilt wird. Allein an der Form der Umsetzung studentischer Mitbestimmung scheiden sich die Geister: So dient eine Urabstimmung »der Meinungsbildung der Studierendenschaft« und wird auf Verlangen von 10% der Studierenden durchgeführt. Sie hat empfehlenden Charakter an die Organe der Studierendenschaft.²¹ Das ergibt sich daraus, dass studentische Urabstimmungen in der Satzung der Studierendenschaft geregelt sind, die sich notwendigerweise

auch nur auf die Organe der Studierendenschaft beziehen kann. Einen empfehlendem Charakter an den *Akademischen Senat* zum Beispiel, wie es die Kampagne suggeriert, hätte eine solche Abstimmung nicht. Bleiben also der Allgemeine Studierendenausschuss und das Studierendenparlament als Adressat_innen. Beide haben in der Vergangenheit keinen Zweifel daran gelassen, den Rücktritt Lenzen bewirken zu wollen. Eine Urabstimmung wäre demnach der ineffektivere Weg, Dieter Lenzen abzusägen. Eine permanente inhaltliche Auseinandersetzung mit der feudalen Regierungsmacht des Präsidiums, eine Abkehr von zu stark personalisierter Kritik und ein konstanter, kämpferischer Protest, scheinen vielversprechender zu sein.

Was bleibt

Ob Dieter Lenzen nun geht oder nicht, das Problem der überaus machtvollen Präsidiumsposition bleibt bestehen. Nicht nur die Person (ob sie nun Lenzen, Lehmkuhl²², Alt²³ oder wie auch immer heißt), sondern auch und gerade die Struktur einer Quasi-Präsidialdiktatur erschwert studentische Mitbestimmung an der FU Berlin enorm. Solange dieses strukturelle Problem nicht beseitigt ist, kann prinzipiell kommen wer und was wolle – und solange werden auch die Studierenden weiterhin gegen eine Top-down-Universität kämpfen.

1 Die Auszeichnung wird von der Financial Times Deutschland (FTD) und dem Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE), einer Gründung der Stiftung eines der größten deutschen Medienkonzerne (Bertelsmann), verliehen.

2 ZEIT, 17.09.2009

3 *Tagesspiegel*, 2.8.2009

4 Auweter-Kurtz hatte als Raketenforscher_in mit der Rüstungsindustrie zusammengearbeitet. Weiterhin erließ sie aufgrund eines kritischen Fernsehberichtes eine Richtlinie, laut der sich Lehrende nur in Rücksprache mit der Uni-Pressestelle in den Medien äußern sollten.

5 Hamburger Morgenpost, 23.11.2009
www.mopo.de/2009/20091123/hamburg/politik/kritische_stimmen_sind_voellig_normal.html

6 Deutschlandradio Kultur, 2.11.2009

7 *die tageszeitung*, 24.07.2009

8 Interview mit *Die Zeit*, 23.11.2007. Im vor-

hergehenden Satz fordert Lenzen, dass Schulen »wie Privatbetriebe geführt werden [sollten].«

9 Will man jedoch dem Interview mit Liane von Billerbeck (*Deutschlandradio Kultur*) vom 2.11.2009 Glauben schenken, würde Lenzen gern »flexibler werden in Bezug auf die Zeiten. [...] Also mehr Flexibilität und nicht so ein starres Umgehen und Starren auf kurze Zeiten.« Dass es auch im Ermessensspielraum der Uni liegt, ob nun ein Bachelor-Studium in drei oder vier Jahren erfolgt, erwähnt er nicht.

10 *Bildung neu denken!*, S. 39

11 in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 45/2009), www1.bpb.de/publikationen/T0BxBW,0,

[Eine neue Chance für die Bildung_Essay.html](http://www1.bpb.de/publikationen/T0BxBW,0) (16.11.2009)

12 ebd.

13 aus der Rede zur zweiten *Einstein-Lecture* 2005

14 *Tagesspiegel*, 02.08.2009

15 *Zeit*, 17.09.2009

16 ebd.

17 *Spiegel*, 12.03.2009

18 Unvergessen auch sein *Tagesspiegel*-Kommentar

Die Religion kennt mehr als vernünftige Gründe«, in dem Lenzen sich – die christliche *ProReli*-Initiative verteidigend – in die Nähe des Neo-Kreationismus rückte. (*Tagesspiegel*, 24.04.2009)

19 *vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft* (Hrsg.): *Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem*, Wiesbaden 2009.

20 <http://lenzenotmypresident.wordpress.com/infos/ziele-der-initiative> (16.11.2009)

21 festgelegt in §13 Abs. 2 der Satzung der Studierendenschaft der *Freien Universität Berlin*

22 Erste Vize-Präsidentin

23 Prof. Dr. Peter-André Alt, glühender Lenzen-Bewunderer, wird als möglicher Nachfolger Dieter Lenzens gehandelt.

Wem gehört die Uni?

Von einem Präsidenten-Portrait, das keines war

Text: Ralf Hutter

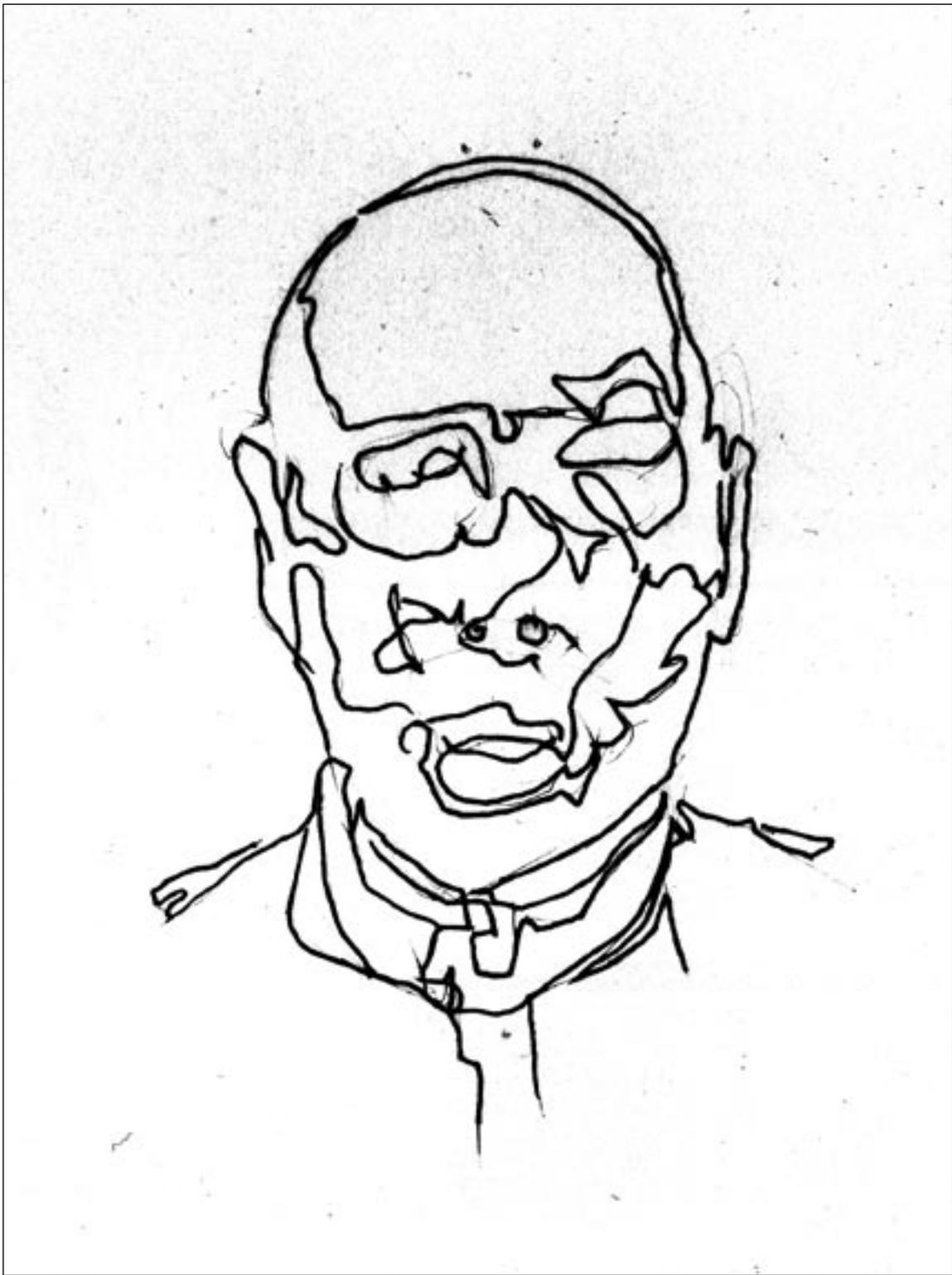
Am 17. September veröffentlichte die Wochenzeitung *Die Zeit* unter dem Titel »Die Uni bin ich« eine Darstellung des Präsidenten der *FU*, Dieter Lenzen, die auf Grund ihrer impliziten Maßstäbe, Oberflächlichkeiten und Auslassungen nicht unwidersprochen bleiben darf. Von einem »Porträt«, wie es zumindest im Untertitel der Online-Version heißt, kann daher nicht die Rede sein. Vielmehr wurde schlicht gezeigt, dass Lenzen gewisse Anforderungen an »Uni-Manager« erfüllt, bisweilen sogar übererfüllt. Zeit-Redakteur Martin Spiewak erzählt im Endeffekt eine kleine Erfolgsgeschichte, die Personalie Lenzen wird zu einem Glücksfall für die *FU*, Berlin und Deutschland.

Die Uni bin ich – unter diesem Titel könnte prinzipiell auch ein kritisches Porträt eines, sagen wir, diktatorischen Selbstdarstellers stehen. Doch wer den Artikel von Spiewak bis zum Ende liest, merkt, dass die in dem Titel angesprochene Anmaßung (übrigens kein Lenzen-Zitat) nur am Rande – und eher pro forma, dem journalistischen Ethos der Ausgewogenheit Minimal-Tribut zollend – kritisiert wird. In dem Text wird vielmehr überwiegend gerade das vermeintlich Positive solcher Führungsanmaßungen hervorgehoben, wie schon der Untertitel andeutet. Die Berliner Tageszeitung *Tagesspiegel* überschrieb im Februar 2007 in gleicher Manier einen Artikel mit »Lokomotive Lenzen«.

Nun steht diese Lokomotive selbstredend nicht für irgendeinen Zug zur Verfügung. Trotzdem hat in der Berichterstattung oft ihre bloße Geschwindigkeit, ihre Zugkraft Priorität, und nicht das, was sie eigentlich genau hinter sich herzieht. Allzu oft wird den inneruniversitären Rangierarbeiten nicht viel Wichtigkeit beigemessen, wenn nur die Lokomotive besonders gut für Vorstöße in Neuland geeignet erscheint. Und sei es eine Fahrt ins Ungewisse.

Tatsächlich aber ist Lenzens inner- wie außeruniversitäres politisches Wirken, quasi das Projekt, an dessen Spitze er sich setzt, sehr wohl von Interesse für die Öffentlichkeit, und sollte eigentlich in einem Artikel von der Länge des hier kritisierten ausführlich gewürdigt werden. Es stellt nämlich mittlerweile einen der größten Einflüsse bei der Umgestaltung des Schul- und Uni-Systems gemäß kapitalistischen Zwängen dar.

Was lässt sich nun über die öffentliche Person Dieter Lenzen sagen? Zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde er wohl 2003, als Hauptverantwortlicher einer im Auftrag der *Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft* (VBW) erstellten Großstudie, die unter dem heutzutage typisch pseudo-revolutionären Titel *Bildung neu denken!* erschien. In den Folgejahren konnte er die dort erarbeiteten Vorschläge zur Umkämpfung des Bildungssystems vielerorts präsentieren. *Bildung neu denken!* soll der Name eines umfassenden Programms sein, dessen Umsetzung bis 2020 für nötig gehalten wird. Dieses »Zukunftsprojekt« will die mit dem deutschen Ausbildungssystem (einschließlich des Hochschulsektors) verbundenen Rechte und Pflichten, Möglichkeiten und Zwänge gemäß den vermeintlichen Herausforderungen unserer Zeit neu definieren. Ziel: »Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf einem angemessenen Niveau«. Die dabei konkret nötigen Maßnahmen wurden bereits in Büchern vorgestellt: 2004 bzw. 2005 erschienen *Bildung neu denken! Das Finanzkonzept* und *Bildung neu denken! Das juristische Konzept*. Lenzen war nicht nur in beiden Fällen verantwortlicher Redakteur. Er ist auch Vorsitzender des 2006 von der VBW ins Leben gerufenen *Aktionsrat Bildung*, der unter anderem überwachen soll, dass eine etwaige Umsetzung des Programms nicht verwässert wird.



Bei den Programminhalten findet sich zunächst viel Bekanntes aus dem Milieu des Marktfetischismus: Mehr Deregulierung, mehr Privatisierungen, mehr Eigenverantwortung, Förderung von »Wettbewerbsbereitschaft« bei allen Involvierten, Zulassen eines Marktes für Bildung (unter Abwesenheit des Staates im »Weiterbildungsmarkt«), »Kostenbeteiligung der Nutzer von Bildungseinrichtungen«, Erleichterung der Gründung von Privatschulen, »Umgestaltung« der Hochschulen zu »Bildungsunternehmen« (mit »Kundenorientierung« und »leistungs- und belastungsorientierter Bezahlung«), Ersetzung der »obrigkeitsstaatlichen« Bildungsaufsicht durch »Managementmodelle« usw.

Auf der pädagogischen Ebene lauten einige der zentralen Forderungen: »mehr Standardisierung«; »kontinuierliche Leistungsdiagnostik« der Lernenden durch »permanente Kreditierung« (also die ständige, Vergleichbarkeit ermöglichende Quantifizierung verschiedener Leistungen vermittelt eines einheitlichen Systems von »Kreditpunkten«) statt hin und wieder ein Zeugnis mit Noten; »Schulleistungsscreenings« aller 4- bis 6-Jährigen, um individuell unterschiedliche Eintrittsalter in die Schule zu ermöglichen; und die Möglichkeit, dass Unternehmen »inhaltliche Erwartungen an das Schulsystem umsetzen«, also Einfluss auf Lehrpläne nehmen können.

Permanente, standardisierte Leistungserfassung und die Aufhebung von Jahrgangsklassen dienen einer »Ausdifferenzierung« der Lernenden, wie so etwas heutzutage heißt; anders gesagt: der Etablierung von folgenreicher Ungleichheit. Die Einteilung nach bestimmten, als für die Beurteilung von Personen zentral angesehenen Leistungen spielt eine Hauptrolle in dem Konzept. Die Studie warnt vor einer »Nivellierung nach unten durch leistungsunabhängige »Gleichheit««. Eine soziale Verantwortung der Eliten gibt es nicht mehr – logisch in einem System, in dem die Selbstverantwortung in den Vordergrund gestellt wird. Die angedachten Hilfen für Benachteiligte firmieren unter der Maßgabe, dass in der Bevölkerung »Bildungsreserven« versteckt sind, die es wie Schätze zu heben gilt, dass also das Verwertungspotential so weit nur irgend möglich ausgeschöpft werden muss. Schließlich soll kein kluger Kopf nur wegen einer finanziell ungünstigen Herkunft nicht zum Bruttosozialprodukt beitragen können. Auslese soll es nach »unten« wie nach »oben« geben. Während, wie immer bei solchen Ansätzen, nicht weiter ausgeführt wird, was mit den in diesem System Überflüssigen letztendlich (also bei langfristigen Misserfolg) geschehen soll, werden für

»besonders Begabte« schulische »Zusatzangebote« bis hin zu eigenen Einrichtungen gefordert.

Was für die Welt der Lohnarbeit von interessierter Seite ständig als unbedingt nötig dargestellt wird – mehr Wochenstunden, längere Lebensarbeitszeit, höhere Arbeitsverdichtung, Bereitschaft zu regelmäßiger Weiterbildung – wird in »Bildung neu denken!« v.a. für die Jugendzeit weitergesponnen: So sollen »Schulferien und andere lernfreie Zeiten für zusätzlichen Unterricht verwendet werden können« und außerdem auf die Urlaubsdauer von Auszubildenden verkürzt werden – dementsprechend wird eine Umbenennung in »Schulurlaub« vorgeschlagen.

Das frühe Intervenieren in die Prägung junger Menschen dient einer sehr weit gehenden Menschenformung, der Schaffung eines neuen Typs: Das »Individuum der Zukunft« solle »selbstverantwortlicher und in Bezug auf sein Leben »unternehmerisch« tätig sein«. Der dazugehörige »sparsame Umgang mit Lebenszeit« soll institutionell ermöglicht werden (z.B. Einschulung eventuell schon mit vier Jahren, dafür Schulpflicht nur bis 14). Konsequenterweise soll von einer »strikten« Trennung von Arbeit und Freizeit nicht mehr ausgegangen werden.

Dass systematisch fremd gesteuertes lebenslanges Lernen da eine große Rolle spielt, versteht sich von selbst. Da »Bildung neu denken!« ein umfassendes System denkt, in dem (sehr) Jung und (sehr) Alt gleichermaßen auf ständige Passfähigkeit am Arbeitsmarkt

Oft wird den inneruniversitären Rangierarbeiten nicht viel Wichtigkeit beigemessen,

... solange die Lokomotive für Vorstöße in Neuland geeignet scheint. Und sei es eine Fahrt ins Ungewisse.

achten müssen, wird in der Studie mehrfach an die eigene Verantwortung für die persönliche »Bildungsbiografie« gemahnt. Zur Unterstützung soll ein System von »Bildungsbiografieberatungen« nebst entsprechendem Berufszweig geschaffen werden. Ein Extrem in besagter Ausbildungs-Fremdstellung stellt die Forderung nach einem »Dokumentationssystem für Bildungsbiografien zur individuellen Weiterbildungssteuerung« dar. Wer sich vergegenwärtigt, welchen Entrechtungen und Pflichten Lohnarbeitslose heutzutage ausgeliefert sind, kann sich die Verknüpfung eines derartigen Dokumentationssystems mit den Repressionsbefugnissen etwa einer Agentur für Arbeit gut vorstellen. »Individuelle Weiterbildungssteuerung« wird so zu einer Drohung.

Tatsächlich enthält die Studie schon einen Vorschlag in dieser Richtung: Gefordert wird eine »Weiterbildungspflicht für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger mit dem Ziel der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit«. Der ideologische Charakter von Lenzens Papier wird hier auch in gesellschaftsdiagnostischer Hinsicht deutlich. Wieder einmal sind die »Arbeitslosen« schuld an der sozialen Misere – sie sind, obwohl vielleicht Jahre lang in Diensten eines Unternehmens stehend, erwerbsunfähig! Als ob in einem System, wo seit Jahrzehnten alleine schon die technologische Entwicklung immer mehr Menschen in Arbeitsprozessen überflüssig (und somit »erwerbsunfähig«) macht, und wo die Menschen am Arbeitsplatz primär als

Kostenfaktoren gelten, die »Weiterbildung« der früher industrielle Reservearmee Genannten eine Lösung sein könnte!

Als paradigmatisch für *Bildung neu denken!* mag folgender Satz gelten: »In allgemeiner und arbeitsorientierter Bildung müssen unternehmerische Qualifikationen vermittelt werden, weil die Zukunft nicht durch den Versorgungsstaat, sondern durch internationalen Wettbewerb geprägt sein wird.« Kritikbedürfnis gleich null, Hinterfragen scheint bei solchen Themen nicht opportun. Wir werden uns zukünftig nun mal alle global und auf unternehmerische Weise bekämpfen. In der Sozialwissenschaft gilt mehr als anderswo: Wer schweigt, stimmt zu.

Lenzen war früher in der so genannten »Hochbegabtenförderung« aktiv und vertrat noch im Februar 2004 bei einer Veranstaltung der Berliner FDP-Fraktion die entsprechende Position, wonach die gemeinsame Beschulung von Kindern, die »nicht alle gleich viel leisten können« unproduktiv für Volk und Vaterland und eine »Belastung« für Klasse wie Lehrkraft sei. Nun ist ja gegen individuelle Förderung und die besondere Belohnung außergewöhnlicher Leistungen nichts einzuwenden. Eine andere Frage ist aber, was genau den Privilegierten dann zukommt, und was hingegen eventuellen Abgewerteten blüht. Zumindest, was ersteren Punkt betrifft, ist klar, wohin die Reise geht: Für Lenzen hat Elite offensichtlich irgendwie mit kapitalistischen Unternehmen zu tun. Deren Nähe ist zu suchen, ob im Falle von Kindern, oder von Universitäten.

Er selbst macht es schon vor: Lenzen ist Gründungsmitglied des Fördervereins der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, einer von Großunternehmen finanzierten Lobbyorganisation, und wurde im November 2008 von der Financial Times Deutschland und dem kapitalfreundlichen Lobbyinstitut *Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)* zum *Hochschulmanager des Jahres* gewählt. 2006 schon war die FU vom Wirtschafts_magazin *kariere* und dem Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos (das übrigens auch die Studie *Bildung neu denken!* mit erstellte) zur unternehmerischsten Hochschule Deutschlands gekürt worden. In diese Zeit dürfte auch der Start des *Forum Hochschulmarketing* der FU fallen, einer Konferenzreihe u.a. mit hohen Funktionären aus dem Unternehmenssektor, deren ersten beiden Tagungen »Die Universität als Dienstleister« und »Unternehmen Universität« hießen.

Auch der Anlass, der *Zeit*-Redakteur Spiewak kürzlich an die FU und somit zu Lenzen führte, passt in dieses Bild. Am 11. Sep-

tember wurde die *Deutsche Universität für Weiterbildung (DUW)*, »eine kommerzielle FU-Tochter«, feierlich eröffnet. Wenn die FU die Mutter dieser »ersten privaten staatlich anerkannten Weiterbildungsuniversität in Deutschland« (Selbstdarstellung) ist, dann muss als Vater die *Klett-Unternehmensgruppe* gelten, laut *Wikipedia* »der führende private Anbieter von Bildungs- und Weiterbildungsdienstleistungen«. Die Beiden sind zu gleichen Teilen die Gesellschafter der *DUW*.

Öffentlich vorgestellt wurde dieses Projekt bereits 2006. Aufsehen an der *FU* erregte es dann Anfang 2007, als die *FU*-Ethnologie äußerst kurzfristig ihr Institutsgebäude an die *DUW* verlor. Gleich nach Vorlesungsende Mitte Februar sollte das Gebäude mitsamt der eigenen Bibliothek geräumt werden, die Order dazu hatte das Institut aber erst im Dezember erreicht. Mitsprachemöglichkeiten gab es keine. Laut Georg Pfeffer, damals noch auf einer der beiden besetzten Ethnologie-Professuren (die dritte war lange unbesetzt), waren im neuen, kleineren Institutsgebäude sofort verschiedene Renovierungsarbeiten nötig, die sich über ca. zwei Semester zogen und wegen des damit verbundenen Lärms und zusätzlichen Platzmangels »erhebliche Belästigungen« darstellten. Auch heute fänden längst nicht alle Angestellten im Institutsgebäude Platz, die Lehrveranstaltungen sowieso gar nicht, was zu »Reibungs- und Identitätsverlusten« führe. Das dürfte noch von der Tatsache verstärkt werden, dass die Bibliothek damals in der neu zusammen gesetzten Fachbereichsbibliothek aufging, die fast einen halben Kilometer entfernt ist. Prof. Pfeffer will jedenfalls ein allgemeines Nachlassen der »Lesegewohnheiten« festgestellt haben, was dem Studium schade. Auch die studentische Hilfskraft Carla Dietzel sieht ihre Arbeit erschwert durch den weiten Weg zur Bibliothek. Auf die Frage nach Verständnis für die Umzugsmaßnahme, die ja eventuell dem Wohl der gesamten Uni diene, winkt Pfeffer ab: »Die Universität will aus bekannten Gründen »Einkommen generieren«. Sie reduziert deshalb die Präsenz jener Fächer, die für ein solches Unterfangen unerheblich sind.«

Das ist schon einmal kein Beispiel für das »Wir-Gefühl«, das Lenzen laut Martin Spiewak im so genannten Exzellenzwettbewerb »einem großen Teil der *FU*-Angehörigen« einzuimpfen vermochte. Und solcher Fälle von, sagen wir, düpierten Instituten oder Arbeitsbereichen gibt es mehrere seit Lenzens Amtsantritt. Bundesweites Aufsehen erregte seine politisch motivierte, und bislang erfolgreiche Weigerung, den der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* nahe stehenden

Dubai? Eine Uni, die mit *Freiheit* als Leitwert aufmacht, ehrt den Regenten von Dubai?

Politikwissenschaftler Albert Scharenberg trotz einstimmiger Voten der Fachgremien auf eine befristete Juniorprofessur zu berufen.

Doch was soll dieser verklärende Begriff? Ein »Wir« entsteht, weil Angehörige verschiedener Fächer sich zum gleichen Zeitpunkt um Gelder aus dem gleichen Programm bewerben? Gefördert werden mit dem Geld der Bundesregierung schließlich Einzelprojekte, wobei zusätzlich die Hochschulleitung ein förderungswertes Gesamtkonzept für das zukünftige »Profil« der Uni einreichen muss. Bekanntlich mussten überall in Deutschland enorm viele Überstunden bei der Erstellung der Anträge geleistet werden. Letztere finden sich mittlerweile sogar in vielen persönlichen Publikationslisten aufgeführt, wohl um den Mangel anderer Publikationen in dem Zeitraum zu erklären. Ist es eine zu materialistische Analyse für einen *Zeit*-Redakteur, diese viele Arbeit zum Beispiel in Konkurrenzdruck, Streben nach Prestige, oder einfach Druck von Mächtigen-Projektleitern begründet zu sehen, und statt dessen auf derart mystische Kausalitäten wie die Kraft eines vom Präsidenten vermittelten Uni-Patriotismus zu verzichten?

Doch derartige Identitätsstiftungen hat Spiewak gerne, worin er sich mit Lenzen trifft. Er übernimmt auch dessen Darstellung der *FU*-Geschichte, ein Surfen auf der Grenze zwischen Propaganda und Geschichtsverfälschung. Lenzen hat seit Beginn seiner Präsidentschaft keinen Zweifel daran gelassen, dass er die sozialreformerischen Impulse, die seit den 60ern von der *FU* ausgingen,

als Makel und Hypothek betrachtet. Er wollte und will der Welt eine ganz andere *FU* präsentieren. Das ist ihm nicht nur durch seine Amtsführung gelungen – im kürzlich erstellten elfminütigen Werbefilm zu Geschichte und Gegenwart der *FU* wird der studentische Aufbruch der späten 60er in nur ca. 15 Sekunden thematisiert.

Spiewak bringt an mehreren Stellen des Artikels ähnlich verkürzte Darstellungen. Im dritten Satz der folgenden Passage befindet sich übrigens ein Zeitfehler, bitte Vorsicht beim Stolpern!

»Anfang der neunziger Jahre freilich dachten viele, das Ende der *FU* stünde kurz bevor. Alles sprach für Humboldt – der Name, die Lage, die Geschichte. Die *Freie Universität* dagegen, nach dem Krieg gegründet von den Amerikanern, in den sechziger Jahren das Epizentrum der Studentenbewegung, wurde zum Inbegriff akademischer Verwahrlosung und linker Leistungsverweigerung. Streiks lähmten den Betrieb, die Gebäude gammelten vor sich hin. Lenzen selbst erinnert sich noch gut an sein erstes Seminar, als er, aus dem biedereren Münster kommend, eine Lektüreliste mit französischen Titeln verteilte.«

Bieder scheint vor allem der Autor zu sein. Er verschweigt, dass besagter »Inbegriff« nur für seinesgleichen existiert(e). Wie in Lenzens besprochener Studie wird auch hier eine einheitliche Leistungsskala vorausgesetzt, auf der nach einem bestimmten Maßstab alle Uni-Angehörigen und deren Leistungen platziert werden können. Die zahlreichen, im In- und Ausland geschätzten *FU*-Profs verschiedenster sozialwissenschaftlicher Fächer, die über Jahrzehnte hinweg inner- oder außeruniversitär einflussreiche Schriften veröffentlichten, dabei aber vielleicht als einen Haupteinfluss die Marx'sche Gesellschaftskritik aufwiesen, gehören aus Spiewaks Sicht bestimmt nicht zu den Leistungsträgern. Oder diejenigen, die kritische Denkschriften zur Lage des eigenen Fachs verfassten und sich zeitintensiv für eine Demokratisierung der Uni einsetzten. Leistungsverweigerung, zumal »linke«, ist es nach diesem Verständnis vielleicht auch, lieber ein paar Seminare weniger zu besuchen, und dafür in einer Fachschaftsinitiative oder einer sonstigen studentischen Gruppe Institutspolitik zu betreiben, sich quasi um die inneruniversitäre Kultur zu kümmern. Streiks sind laut Spiewak an sich schon abzulehnen, denn sie »lähmen den Betrieb« (wer mal einen mitgemacht hat, weiß hingegen, dass sie im Gegenteil ganz schön Bewegung in den universitären Alltag, und manchmal sogar in einige Regularien bringen). Und von der Ablehnung französischer Lektüren erzählt Lenzen heute noch – und Spiewak erzählt es schlecht, weil

nicht ganz verständlich, nach.

Mit »akademische Verwahrlosung« ist wohl nicht die autokratische *FU*-Führung der 60er gemeint, die ab 1965 u.a. durch sowohl allgemeine, als auch konkrete (gegen Erich Kuby) Verbote politischer Diskussionsveranstaltungen sowie den versuchten Rauschmiss eines politisch unliebsamen Assistenten den studentischen Aufstand mit provozierte. Meint Spiewak vielleicht die Tatsache, dass zwischen 1969 und 1976 mit Rolf Kreibich erstmals – und wohl auch letztmals in Deutschland – ein Assistent Uni-Präsident war? Derartige Auswüchse der Reformbemühungen gab es ja öfter an der *FU*, weshalb sie vielen Menschen als enorm wichtige Institution in Erinnerung geblieben ist. Selbst der *FU*-Propagandafilm kommt nicht umhin, in besagten 15 Sekunden widersinnigerweise (da Lenzen eher an die Rektoren von damals erinnert) festzustellen, welche gesellschaftliche Wichtigkeit die studentischen Mobilisierungen in puncto Gleichberechtigung und Demokratisierung hatten. Auch das eine »Leistung« im engeren Sinne?

Für Spiewak zählt all das aber nicht bei der Charakterisierung der *FU* und ihrer Vergangenheit. Von seinem Rundgang vorbei an »schmucken Gebäuden« berichtend, legt er nach: »Selbst die *Rostlaube*, einst architektonische Metapher für den Niedergang der Universität, glänzt in anderem Licht. Im Innern findet sich kaum ein Schnipsel Papier auf dem roten Teppich.« Die großspurige Ausdrucksweise Spiewaks ist – auch in journalistischer Hinsicht – widerlich. Hier werden gleich zwei vermeintliche Allgemeinplätze präsentiert – doch leider erfahren wir wiederum nicht, in welchen Kreisen sowohl der nicht näher spezifizierte »Niedergang«, als auch dessen zufällige Spiegelung in der Architektur Gesprächsgegenstand und Konsens waren. Nachdem Spiewak sich an einen Präsidenten anbietet, der einen selbst für sein Amt überdurchschnittlichen Autoritarismus an den Tag legt und die ihm anvertrauten Menschen möglichst effizient der Humankapitalverwertung zuführen will; nachdem er diesen Machtmenschen als Erneuerer und Retter einer sich gerade aus der Asche ihrer unrühmlichen Vergangenheit erhebenden Uni darstellt, kann er nicht umhin, auch noch den völlig irrelevanten Hinweis auf saubere Teppiche in seiner Lobrede unterzubringen! Autoritätsgläubigkeit (an anderer Stelle lobt Spiewak die heute »hierarchischere Universitätsverfassung«) verbunden mit deplatziertem Reinlichkeitsbedürfnis – autoritärer Charakter ick hör dir trapsen! Worüber wir nichts lesen ist, dass in besagtem sauberen Hauptgebäude für Studierende kaum noch eine Möglichkeit besteht, legal (und kostenfrei) Annoncen oder

Plakate anzubringen, und dass statt dessen schon seit Jahren immer mehr großformatige Werbeflächen die Gänge zieren.

Spiewak trifft sich auch in seiner Sensibilität für die Architektur von Uni-Gebäuden mit Lenzen, der noch 2007 die »ästhetische Gedankenlosigkeit« der früheren FU-Architektur geißelte, in letzterer aber mittlerweile »eine Geschichte des Kampfes gegen kommunistische Unfreiheit, eine Geschichte des Luziden, eine Geschichte ästhetischer Kühnheit« sich widerspiegeln sah. Zu besagtem Kampf wollte Lenzen auch nachträglich noch etwas beisteuern, und schaffte 2007 eine 15 Tonnen schwere Riesenskulptur an, die an zehn in den 50er-Jahren in die Sowjetunion entführte und dort ermordete FU-Studenten erinnern soll (zu den Hintergründen und der sich ergebenden öffentlichen Debatte siehe *Out of Dahlem* Nr. 7).

Gegen »Unfreiheit« setzt sich eine »Freie« Universität natürlich besonders gerne ein. Seit 2006 nutzt die FU ihren vermarktungsträchtigen Namen jährlich für die Ehrung von Prominenten, die sich gegen Diktaturen engagierten. Als Motiv gibt die FU an: »In Zeiten der zunehmenden Globalisierung muss auch der Begriff der Freiheit immer wieder neu besetzt und das Eintreten für Freiheit bekräftigt werden.« Martin Spiewak lobt: »Mit Geschick und Kalkül bindet Lenzen große Namen an seine Universität. Desmond Tutu erhält einen Freiheitspreis (...).«

Spiewak erwähnt allerdings nicht die ihm sicherlich bekannte weitere FU-Auszeichnung: die Ehrenmedaille in Gold, die im Rahmen von Staatsbesuchen und aus wissenschaftspolitischen Gründen verliehen wird. 2008 erhielt sie »der Vizepräsident und Premierminister der Vereinigten Arabischen Emirate und Regent von Dubai, S. H. Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum«, und zwar für die »wegweisende Förderung von Wissenschaft, Bildung und Kultur in seiner Heimat und der arabischen Welt«. In der dazugehörigen Pressemeldung heißt es weiter: »Zu Al Maktoums Verdiensten zählt die Gründung einer Stiftung, die hochrangige Forschungsprogramme und -aktivitäten an Universitäten der Region organisiert sowie Stipendien an Studierende und Wissenschaftler vergibt.«

Dubai? Eine deutsche Uni, die mit »Freiheit« als Leitwert aufmacht, ehrt den Regenten von Dubai? Wer stutzt, ist im Recht. Ein Klick auf Wikipedia reicht, um festzustellen: Seine Hoheit lässt zwar keine Hände abhacken, wie es die Scharia prinzipiell erlaubt. Aber für den Besitz selbst geringer Mengen illegaler Drogen und für homosexuelle Beziehungen gibt es mehrjährige Haftstrafen. Auf jegli-

Die Uni ist nicht als Aufmarschgebiet der Apologeten der globalen Verwertungsmaschinerie zu akzeptieren.

chen Alkoholkonsum stehen 80 Stockhiebe (ausgenommen Nicht-Muslime). Frau-Sein wird sowieso bestraft. Das Beschäftigten von in Barackenlagern hausenden ausländischen Arbeitskräften zu Hungerlöhnen allerdings nicht.

Andererseits dürfte Dubai einen tollen Partner in puncto Wissenschaftsfinanzierung und Netzworkebildung abgeben. Ist grassierende Vetternwirtschaft da nicht vielleicht sogar von Vorteil? Die FU will erklärmaßen schon seit 2007 eine Repräsentanz dort aufbauen, mit zwei Unis gibt es bereits Partnerschaftsabkommen. Ein Ergebnis der Kooperation ist der schon mehrere Jahre laufende Masterstudiengang *International Relations Online*. Der zweijährige Fernstudiengang beinhaltet Präsenzphasen in Berlin, wendet sich aber weniger an ein Berliner, als an ein Dubaier Klientel. Er kostet nämlich über 15 000 EUR.

Die Laudatio auf den Sheikh im FU-Audimax hielt übrigens der damalige Wirtschafts- und Technologieminister Glos, was ebenfalls für sich spricht. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit zeigte sich in einer Pressemitteilung erfreut über die Ehrung Al Maktoums und betonte die bestehenden Kooperationen von Berliner Unternehmen und Forschungseinrichtungen ins Emirat, sowie seinen Willen, diese weiter zu fördern. Der Sheikh hat es sogar in den FU-Propagandafilm geschafft, unmittelbar nach den Bildern von unter anderen Horst Köhler, Angela Merkel und Günter Grass bei ihren

FU-Auftritten. In der zuständigen Redaktion der *Zeit* wurde diese Preisverleihung seinerzeit sicherlich registriert. Auf Martin Spiewak machte sie jedenfalls wohl keinen Eindruck, ebenso wie viele andere hier erwähnte Fakten, von denen ihm sicherlich zumindest einige bekannt waren.

Die von ihm der Vollständigkeit halber referierte Kritik an Lenzen ist wenig aussagekräftig. Es geht dabei auch nur um inneruniversitäre Opposition. »Machthungrig, berechnend, rücksichtslos – das sind die harmloseren Zuschreibungen«. Spiewak präferiert also, nicht in die inhaltliche Kritik einzusteigen, sondern die »harmlosere« zu bringen: oberflächliche, vielleicht schlicht von Neidern oder persönlichen Konkurrenten abgegebene Beschimpfungen.

Vor dem Hintergrund dieses skandalös schmeichelhaften »Porträts« erscheint es in einem neuen Licht, dass der erwähnte, von der *Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft* eingerichtete *Aktionsrat Bildung*, dem Lenzen nach wie vor vorsitzt, seinen jährlichen Medienpreis in dessen erster Auflage 2006 an die *Zeit* verlieh, und dabei Spiewak als einen von drei Redakteuren namentlich erwähnte. Mit Spiewaks journalistischer Leistung kann Lenzen wohl auch seitdem zufrieden sein.

Der Fall macht deutlich, wie groß die Verantwortung der Massenmedien bei der Besprechung universitärer Personalien sein kann. Ein Uni-Präsident, noch dazu, wenn er so umtriebiger ist wie Lenzen, kann, direkt oder indirekt, einen riesigen Einfluss auf verschiedene Bevölkerungsteile ausüben. Seine Ausrichtung ist somit von gesamtgesellschaftlichem Interesse. In Spiewaks Titel, »Die Uni bin ich!«, wird Kritik nur spielerisch angedeutet. Hingegen muss klar gemacht werden: Die Uni gehört weder einem Präsidenten, noch ist sie als Aufmarschgebiet der Apologeten der globalen Verwertungsmechanik zu akzeptieren. Leute wie Lenzen verfolgen letztendlich die Interessen einer gesellschaftlichen Minderheit. Darauf hinzuweisen, die Bevölkerung auf diese sie angehende Personalie zu stoßen, ist der Sinn eines wirklichen »Porträts« solch einer zentralen Figur.

Umso mehr, als Lenzens politischer Aktivismus mittlerweile eine weitere Facette zeigt. Zwei Tage vor dem Berliner Volksentscheid zur Ausgestaltung des staatlichen Religionsunterrichts im April 2009 positionierte sich Lenzen dazu klar in seiner Haus- und Hofzeitung *Tagesspiegel* (Lenzen hat dort eine monatliche Kolumne, die Artikel mit FU-Bezug sind der Uni-Leitung normalerweise wohl

gesonnen, und alle zwei Monate wird zusammen eine Beilage zum Geschehen an der FU veröffentlicht, die auch massenhaft an der Uni ausliegt). Sein Ausgangspunkt: »Man wird häufig mehr benötigen als vernünftige Gründe, um Menschen zu einem gemeinschaftsfähigen Handeln zu bringen. Religion ist ein solches ›Mehr‹.« Lenzens Dreischritt besagt: Zum Zusammenleben brauchen wir Moral, die können sich viele Menschen nur durch Religiosität zulegen, und deshalb darf Religionsunterricht kein reines, zusätzliches Wahlfach, also eine Mehrbelastung, sein. Zumindest letzterer Argumentationsschritt ist mehr als fragwürdig. In wissenschaftlicher Hinsicht begab sich Lenzen in dem Artikel sogar auf noch dünneres Eis, was für heftige Kritik sorgte: 57 Online-Kommentare hat der Text auf der *Tagesspiegel*-Internetseite bisher hervorgerufen, die allermeisten davon sehr kritisch gegenüber Lenzen. Der vertritt nämlich den so genannten *Intelligent Design*-Ansatz zur Erklärung der Welt und ihrer Entstehung: »Ich weiß, dass die Welt um mich herum vom kleinsten Molekül bis zur Mechanik der Planeten eine intelligente Konstruktion ist«. Und wer oder was konstruierte das? Zumindest die Namensgebung fällt Lenzen nicht schwer: »Ein guter Religionsunterricht wird diesen Gott nicht als Person zeichnen, sondern vielleicht als eine Art wirkendes Prinzip.« Unvermittelt kommt *Gott* ins Spiel, wobei Lenzen jedoch die Vorstellung der großen monotheistischen Religionen vom personalen Gott konterkariert. Wie kann vom christlichen Religionsunterricht die Verbreitung dieses Ansatzes erwartet werden? Jedenfalls soll der Respekt vor dieser fremden Kraft den Menschen Respekt für ihre gesamte Umwelt, die Produkt dieser Kraft ist und ihnen folglich nicht gehört, verschaffen. Schon im Grundgesetz steht ja: Das Eigentum wird garantiert. Von daher ein geradezu säkularer Ansatz – wenn er nicht ganz anders gemeint wäre (siehe dazu auch *Out of Dahlem* Nr. 9).

Wohl schon seit es Bürgerrechte gibt, gibt es auch die gegenläufige Haltung, für Freiheit bzw. freie Entscheidung, und gegen Zwang bzw. Bevormundung einzutreten, wenn der Staat säkulare oder egalitäre Prinzipien per Zwang durchsetzt. Klar, dass Lenzen da einstimmt und in diesem Fall unter anderem das Erziehungsvorrecht der Eltern in Anschlag bringt.

»Indem wir einander dienen, werden wir frei«. Diese Zeile hängt laut Spiewak als Sinnspruch für 2009 in Lenzens Büro. Doch warum sollten wir uns gerade von Leuten wie Lenzen zum Thema »Freiheit« belehren lassen?

Kein Einzelfall Zum alltäglichen Rassismus an der FU

Text: Lotta Schwedler und Lena Kampf¹

Als Reaktion auf einen rassistischen Übergriff an der FU im Mai 2009 hat sich *Arbeitskreis Uniwatch* gegründet, um Rassismus an der Uni und in der Wissenschaft nicht unkommentiert zu lassen.

Es passiert so oft, zu oft. Letztes Jahr, dieses Jahr. Jeden Tag und überall. In Seminaren, im universitären Bereich, im Wissenschaftsbetrieb: Die Universität, ein Schauplatz rassistischer Ausgrenzung, ein Schauplatz *weißer* Machtdemonstration, *weißer* Ignoranz.

Wir, der *Arbeitskreis Uniwatch – Fighting Racism In Our Spaces*, haben uns als eine Gruppe Schwarzer, People of Colour und *weißer* Studierender im Juni dieses Jahres zusammengesetzt, um gemeinsam an den Mauern asymmetrischer Machtverhältnisse, die unseren Unialltag bestimmen, zu rütteln. Rassistische Diskriminierung und gewaltsame Ausgrenzung sollen nicht mehr unkommentiert bleiben. Rassismus ist dabei nicht das Problem einzelner Radikaler, sondern schließt uns alle – ob als Täter_innen oder Betroffene – mit ein.

Große Verunsicherung und Wut sind die Grundlage und Triebfeder für unsere Arbeit.

Wer wird gehört?

Ende Oktober dieses Jahres kam der neue Wallraff Film *Schwarz auf Weiß* in die Kinos, in dem sich der Aufdeckungsjournalist Günter Wallraff als Schwarzer verkleidet auf eine neue Mission begibt. Er »entdeckt«, ganz nach alter imperialistischer europäischer Manier, dass Alltagsrassismus weit verbreitet ist. Plötzlich schreibt sich die Presse die Finger wund, Wallraff sitzt auf den Podien aller Kultursendungen und steht als sogenannter Experte zu Fragen über Rassismus

und Diskriminierung Rede und Antwort. Die Erfahrungen, die ein *weißer* Mann im Kostüm eines »Afrikaners« macht, sind scheinbar hörenswerter und offenkundig auch wahrer, als die Auseinandersetzung und Aufklärung, die Schwarze und People of Colour seit Jahrzehnten leisten.

»Er stellt seine Neugier (...) über die Forschungsergebnisse, Gefühle, Wissensproduktion und Repräsentationsrechte Schwarzer«, kritisiert die Autorin Noah Sow.² Wallraffs Experiment ist anmaßend und eklatant ignorant, trotzdem scheint die *weiße* Öffentlichkeit einer *weißen* Person mehr Aufmerksamkeit und Glauben zu schenken als den eigentlich Betroffenen.

Diese Objektposition, die Schwarzen Menschen und People of Colour zugeteilt wird, schreibt Grada Kilomba, sei jedoch kein Zeichen mangelnden Interesses oder Widerstandes, sondern die systematische Unterdrückung Schwarzer Selbstrepräsentation.³

Wer spricht? Worüber?

Tag für Tag vollziehen sich Akte rassistischer Ausgrenzung und Diskriminierung – selbst im »aufgeklärten« und »kritischen« Wissenschaftsbetrieb der Universitäten, in dem selbsternannte Anti-Rassist_innen mit Begriffen wie Toleranz und Solidarität einen post-kolonialen Ringelreihen tanzen. Hier liegt das Problem, das gefährliche Auswirkungen hat: *Weiße* definieren, was (Anti-)Rassismus bedeutet. Wir glauben identifizieren zu können, wer die Täter_innen sind – nämlich gewaltbereite Faschos und Nazis – und bleiben dabei blind für unsere eigene Täter_innenschaft.

Universitäre Strukturen sind das Terrain *weißer* (Vor-)Macht. Die Zurschaustellung *weißer* Dominanz prägt dabei sowohl die inhaltliche als auch die inhaltsvermittelnde Ebene.

Schwarzes Wissen und Wissen von People of Colour wird durch den Vorwurf der Emotionalität und der Partikularität disqualifiziert und aus dem Kanon *weißer* Wissenschaft gewaltsam ausgeschlossen. So ist beispielsweise das Subjekt der Geschichtsschreibung der Dominanzkultur *weiß* und männlich, nur selten – seit der Frauenbewegung vermehrt – *weiß* und weiblich, aber niemals Schwarz. *Weißes* (Kolonial-)Wissen und *weiße* Realität werden als ›neutrale‹ und ›objektive‹ Wahrheiten ins Zentrum der Wissensproduktion gestellt. Schwarzes Wissen wird negiert und als unwissenschaftlich diffamiert.

Solange Schwarzen Wissenschaftler_innen jedoch der Zugang zum Wissenschaftsbetrieb verwehrt wird, bleibt die Vorstellung, was als Wissen gelten darf und was nicht, intakt, so Grada Kilomba.⁴

*Weiß*e Expert_innen werden so auch weiterhin in *weißen* Seminaren ungestört über Integrationspolitik, Antirassismus und Interkulturalität dozieren und sich anschließend mit den *weißen* Studierenden über bestehende Herrschaftsverhältnisse austauschen. Der hegemoniale Diskurs wird dabei tagtäglich reproduziert. Wir schaffen *weiße* Räume, in denen wir weder dazu gezwungen werden, unsere Rolle ausreichend zu reflektieren noch unser Nicht-Wissen-wollen/können/müssen angegriffen wird. Wir *weißen* Wissenschaftler_innen und ihre Zöglinge müssen uns eingestehen, dass uns das Wissen, die Kompetenz, die Expertise und die Erfahrung fehlen, um einen multidimensionalen Diskurs anleiten zu können.⁵

Wer definiert?

Mai 2009, Vorlesung der Semiotik/Arabistik am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin. Für eine in Äthiopien beheimatete Gruppe benutzt der *weiße* Professor das *N-Wort*. Nur eine von ca. 60 Studierenden protestiert gegen diese absolut inakzeptable, rassistische Äußerung. Nachdem der Professor nun verlauten lässt, dass man dieses Wort in seiner Jugend eben gesagt habe, verlässt die Studentin, selber Person of Colour, den Vorlesungsraum in tiefster Entrüstung.

»Muss ich wirklich im Jahre 2009 einem Professor in Deutschland erklären, warum er schwarze Menschen so nicht bezeichnen darf?«, schreibt sie in ihrer Protest-E-Mail

an den Fachbereich am selben Tag. Anscheinend schon, denn der Professor reagiert lapidar in einer ersten Stellungnahme: Bis in die 1980er Jahre hinein sei dieser Begriff in der Fachliteratur wertneutral verwendet worden. Und außerdem habe er viele Freunde in Afrika und daher habe er das *N-Wort* nicht in rassistischer Absicht benutzt – die Aussage eines *weißen* Mannes, der besser als die Betroffenen zu wissen scheint, was als rassistischer, diskriminierender Übergriff gelten kann und was nicht.

Dabei kann der Gebrauch des *N-Wortes* auf Grund seiner Verwurzelung in Jahrzehnten kolonialer Expansion niemals neutral sein. Er war und ist Ausdruck der Erniedrigung und gewaltsamen Ausgrenzung.

Dr. Grada Kilomba beschreibt in ihrem Werk *Plantation Memories*⁶, dass durch Sprache auch heute koloniale, menschenverachtende Szenarien wieder belebt werden, die in einer Herr-Sklaven-Beziehung ihren Ausgang und Ausdruck finden und tiefe Wunden bei den Betroffenen hinterlassen. So auch bei der protestierenden Studentin. Nach eigenen Aussagen löste der Vorfall bei ihr einen Schock, ein Gefühl der Lähmung aus. Dieser Schock ist Teil eines tief greifenden Traumas, so Grada Kilomba weiter, das durch rassistische Fremdbestimmung und der Platzierung Schwarzer Menschen und People of Colour an den Rändern der sich als *weiß* verstehenden Gesellschaft ausgelöst wird.

Der Professor hingegen führt seine Vorlesungen unbehelligt weiter und entschuldigt sich in einer Stellungnahme – erst drei Wochen nach dem Vorfall – zum ersten Mal. Immer noch wehrt er ab, zeigt keinen Willen, sein Verhalten zu reflektieren und bedauert lediglich die persönliche Verletzung der betroffenen Studentin.

Die Vorwürfe der Studentin stoßen auch beim Fachbereich auf komplettes Unverständnis. Anstatt adäquat auf den Vorfall zu reagieren, wird der Professor in Schutz genommen und die Studentin sogar davor gewarnt, weiter an die Öffentlichkeit zu dringen. Lediglich mit einem Hinweis auf der Internetseite des Fachbereichs für Geschichts- und Kulturwissenschaften, dessen Auffinden durch labyrinthartige Verlinkung fast unmöglich gemacht wird, distanziert sich dieser, quasi als Stellvertreter, ganz allgemein von rassistischem Sprachgebrauch.

Wer wehrt sich?

Neben diesem Fehlverhalten von offizieller Seite schockiert die Haltung der anderen Studierenden im Seminar. Die von der

protestierenden Studentin und dem Ausländer_innen-Referat des AStA angeregte Diskussion über den Vorfall in der Sitzung der darauffolgenden Woche wird aktiv durch Redebeiträge und Abstimmungsverhalten unterdrückt, weil die überwältigende Mehrheit eine Auseinandersetzung als »überflüssig« betrachtete.

Leider ist dies kein Einzelfall an deutschen Universitäten. Immer und immer wieder sehen sich studierende Schwarze und People Of Colour und Universitätsangestellte mit Ablenkungs-, Verharmlosungs- und Abwehrstrategien weißer Kommiliton_innen und Dozent_innen konfrontiert.

Normaler Weise geraten Fälle wie der eben geschilderte in Vergessenheit. Doch die Wut und die Verletztheit der Studentin und ihr Gang an die Öffentlichkeit brachte eine Gruppe Studierender an einen gemeinsamen Tisch, die meisten aus dem Seminar *Black Skin, White Masks*, dass Dr. Grada Kilomba zu dem Zeitpunkt als Gastdozentin am Otto-Suhr Institut gab. Der *Arbeitskreis Uniwatch* stolperte ins Leben.

Um die angefachte Energie nicht verpuffen zu lassen und Erfahrungen, Wissen, Wut und Ideen miteinander zu teilen, wurde noch vor den Semesterferien ein Aktionstag organisiert. Während wir von verschiedenen Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen und Einrichtungen sofortige Unterstützung erfuhren, waren die Reaktionen der Studierenden gemischt: Die vielen Anmeldungen für den *Open Space* bestätigten uns einerseits, dass nicht alle Augen und Ohren gegenüber dem Thema verschlossen sind, aber auch massiver Widerstand vor allem gegen unsere Bitte nach Positionierung als Voraussetzung für die Teilnahme wurde laut.

Im Kampf gegen Rassismus ist die eigene Positionierung jedoch unerlässlich. Sich (politisch) als weiß, Schwarz, PoC ... zu positionieren bedeutet, sich der eigenen Rolle in einem Herrschaftssystem bewusst zu werden, um aus dieser Position heraus aktiv werden zu können. »Zunächst fand ich es auch schade, dass wir einige engagierte und offene Menschen wegschicken mussten, aber dann verstand ich, dass sonst Herrschaftsverhältnisse nur reproduziert werden würden«, sagt ein Mitglied des Arbeitskreises dazu.

Eine erste Erfahrung, die wir bei unserer Arbeit als noch junger Arbeitskreis bisher sammeln konnten, war, dass der anti-rassistische Kampf stärker ins Schussfeuer der Dominanzgesellschaft gerät, als Rassismus selbst.

Selbsternannte Anti-Rassistin_innen tanzen mit Begriffen wie Toleranz und Solidarität einen post-kolonialen Ringelreihen.

Was können wir wollen?

Deutlich ist sie zu spüren, die Vorsicht, mit der die Gruppe ihre Arbeit nach der Sommerpause wieder aufnimmt. Denn als mehrheitlich weißer Arbeitskreis müssen wir uns fragen, wie überhaupt Anti-Rassismus Arbeit geleistet werden kann. Die Zusammensetzung der Gruppe hat in vielerlei Hinsicht Konsequenzen: Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ist unmöglich, wenn weiße Perspektiven überwiegen. Das Label *Anti-Ra* bedeutet nicht automatisch, dass keine rassifizierten Strukturen weitergelebt werden, sondern es besteht vielmehr die Gefahr eines weißen Fürsprechens für People of Colour und Schwarze und ein eigenes Freisprechen.

Sich diesen Herausforderungen bewusst, wendet sich die Gruppe in den kommenden Wochen zunächst nach innen. Reflexiv statt aktiv. Einen Schritt zurück vom bloßen Aktionismus, der so schnell in blinden Aktionismus umschlagen kann. »Wir brauchen Zeit und Raum für Austausch untereinander – Strukturen für anhaltende Selbstreflexion müssen geschaffen werden. Allein über gemeinsame Strategien und Ziele kann eine Identifizierung mit der Gruppe und ein Zusammenarbeiten möglich werden«, sagt ein Mitglied des Arbeitskreises.

Empowerment und Sensibilisierung müssen

gleichzeitig passieren und die unterschiedlichen Bedürfnisse integriert werden. Der Austausch ist aber auch eine Bereicherung für die Arbeit.

Dabei sind die Ziele klar: Rassistische Übergriffe an Berliner Unis sollen nicht unkommentiert bleiben! Wir wollen deutlich machen, dass es keine Einzelfälle sind! Das kann z.B. anhand eines Blogs passieren. Ähnlich wie *der braune mob*⁷ die Medien überwacht kann Uniwatch rassistische Übergriffe zusammentragen, bündeln und publizieren.

Im Mai hatte die Studentin trotz tiefer Verletztheit das Durchhaltevermögen und die Kraft weiter zu kämpfen. Dies ist jedoch nicht immer möglich. Individuell gegen rassistische Strukturen vorzugehen ist schwer – *Uniwatch* möchte dabei helfen, dass Betroffene an Berliner Universitäten in Zukunft nicht mehr allein gelassen werden.

Wenn ihr uns unterstützen möchtet, Fragen oder Anregungen für uns habt, schreibt an: uni_watch@yahoo.de

Solange Schwarzen Wissenschaftler_innen der Zugang zum Wissenschaftsbetrieb verwehrt wird, bleibt die Vorstellung, was als Wissen gelten darf und was nicht, intakt.

1 Der Artikel entstand in enger Absprache mit allen Mitgliedern des Arbeitskreises, dennoch schreiben die Autorinnen aus einer *weißen* Perspektive.

2 Noah Sow (2009). Ein angemalter Weißer ist kein Schwarzer. Interview zum Film *Schwarz auf Weiß*. Unter: www.tagesschau.de/inland/rassismu-sinterview100.html

3 Grada Kilomba (2008). *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*. Unrast-Verlag, Münster, S. 28

4 Grada Kilomba (2008). *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*. Unrast-Verlag, Münster, S. 29

5 Vergl. Juliane Strohschein (2009). Als weiße Studierende in einer weißen Universität: erste Positionierung. In: Susan Arntd; Grada Kilomba; Peggy Piesche; Maureen Maisha Eggers (Hrsg.). *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Unrast-Verlag, Münster

6 Grada Kilomba (2008). *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*. Unrast-Verlag, Münster, S. 94 ff.

7 *der braune mob* e.v. ist ein Verein, der von Schwarzen Menschen gegründet wurde, die in den deutschen Medien und/oder Öffentlichkeitsarbeit tätig sind. Ihr »gemeinsames Ziel ist es, dass die Darstellung Schwarzer Menschen in deutschen Medien und der Öffentlichkeit fair und ohne Diskriminierung erfolgt.« www.derbraunemob.de

Überleben statt schönes Leben Ein Gespräch über Militär auf dem Campus und neoliberale Hochschulreformen in Kolumbien

Text und Interview: Ausländer_innen-Referat,
Internationalismus- und
Antirepressionsreferat

Die Krise der Hochschulen sieht weltweit sehr unterschiedlich aus, doch die Ursachen sind sehr ähnlich: Privatisierung, Prekarisierung, Elitenbildung, produktivitätsorientiertes Wissen, Schließung von Fachbereichen, usw. Die Unterdrückung der Studierenden ist vielfältig: An manchen Orten werden sie zensiert, apolitisiert, ignoriert. An anderen werden sie verfolgt und sogar umgebracht. Kämpfe gibt es aber überall und es wird immer wieder versucht, sie zusammen zu führen. So auch am internationalen Bildungstreiktag, dem 17. November diesen Jahres. Gestreikt wird nicht nur an *einem* Tag; der Versuch freie Bildung, im umfassenden Sinn, zu erreichen ist ein ständiger Prozess. Deswegen finden immer wieder Kämpfe und Solidaritätsaktionen statt. Ein Beispiel für Solidarität und gemeinsame Kämpfe hat es vor kurzem an der FU gegeben.

Vom 25. bis 31. Oktober veranstaltete die kolumbianische Botschaft die *ExpoKolumbien* als Versuch, die dramatische Situation Kolumbiens zu verschleiern und es stattdessen als Investitionsland zu bewerben. Am 29. Oktober war die Hochschule dran: Die Botschaft bereitete für diesen Tag eine Tagung im Henry-Ford-Bau der FU vor, zu der Vize-Bildungsminister Carlos Angulo Galvis und Moisés Wassermann, Präsident der *Universidad Nacional* in Bogotá, erwartet wurden. Beide stehen auf besonders exemplarische Art und Weise für die in Kolumbien hochaktuelle Privatisierung der Hochschulen. Die FU selbst trat als »Partnerin« der widerlichen *ExpoKolumbien* auf.

Von einer Solidaritätsgruppe wurde eine parallel stattfindende Infoveranstaltung im *Roten Café* an der FU mit dem Aktivisten Diego Marín aus der kolumbianischen

Studierendenbewegung organisiert. Marín lebt seit einem Jahr als Flüchtling in Oslo, da er in Kolumbien wegen seiner politischen Arbeit als Sprecher der Studierenden massiv bedroht worden ist. Er berichtete über die Krise der Hochschulen, die Repression an den Universitäten, die kritische soziale Lage und die aktuellen Mobilisierungen der Studierenden.

Nach dem beeindruckenden Vortrag Maríns schlugen die Anwesenden vor, gemeinsam zum Henry-Ford-Bau zu gehen, um dort ihre Kritik an der *ExpoKolumbien*-Tagung zum Ausdruck zu bringen. Dieser Vorschlag wurde in der Vollversammlung, die zeitgleich stattfand, eingebracht und innerhalb von zwei Stunden solidarisierten sich noch mehr Studierende, kopierten Flugblätter und malten Transparente. Schließlich zogen über 60 Studierende in den Henry-Ford Bau. Unter dem Motto »Keine neoliberale Universität, keine Kooperation mit Paramilitärs« schafften sie es, dank einer offenen Nebentür das Gebäude zu betreten und lautstark vor dem Konferenzraum zu protestieren. Eine Stunde dauerte der Protest. Den Teilnehmer_innen

»Wenn es Proteste gibt, dauert es nicht lange bis die Regierung eingreift«

der *ExpoKolumbien* dürfte klar geworden sein, dass sie auch im Ausland die Öffentlichkeit nicht weiter unkommentiert anlügen können.

Einige Tage später traf Diego Marín das Ausländer_innen-Referat, das Internationalismus-Referat und das Antirepressions-Referat des AStA, um für die *Out Of Dahlem* über die schwierige Lage an den kolumbianische Universitäten zu sprechen.

OUT OF DAHLEM Was war deine Position in Kolumbien und wie ist deine aktuelle Situation?

DIEGO MARIN Bis Oktober 2008 war ich Studierendensprecher an der *Universidad Nacional* in Bogotá, Kolumbien. Ich war auch Sprecher bei der ACEU¹ und Mitglied der *Kontinentalen Studierenden-Organisation* in Lateinamerika. Gerade wegen dieser Aktivitäten – vor allem ab 2006 – bin ich jetzt politischer Flüchtling in Norwegen. Mein Fall ist ein Beispiel für die kritische Situation in Kolumbien. Nicht nur, weil Menschen das Land verlassen müssen, sondern auch, weil es die direkte Bedrohung meines Lebens durch den kolumbianischen Präsidenten zeigt. Deshalb

und trotz geringer Asylanerkennung seitens des norwegischen Staates wurde mein Fall schnell bearbeitet und anerkannt.

OOD Was bedeutet für dich die Uni und was motiviert dich, trotz Repression hochschulpolitisch aktiv zu sein?

DM Das ist eine Herzenssache. In der kolumbianischen Gesellschaft befinden sich die jungen Leute in einem ständigen Frustrationszustand. Einerseits zeigen die Medien ihnen eine heile Welt, in der sie ein schönes Leben haben können und sich frei entwickeln können und andererseits sind sie mit der Realität konfrontiert: Überleben statt schönes Leben. Hier spielt die Uni eine entscheidende Rolle. Die Uni ist für mich der Ort, an dem ich gelernt habe, die Welt mit anderen Augen zu sehen. Der Ort, an dem ich angefangen habe, die Realität zu erfassen und zu kritisieren. Deswegen ist die Uni mein Zuhause. Dort habe ich meinen Traum aufgegeben ein scheinbar schönes Leben zu haben, um mich stattdessen – seit mittlerweile zehn Jahren – politisch für die Uni einzusetzen. Das ist die Bedeutung der Uni für mich: Der Ort, an dem ich mich frei fühle und wo ich Leute kennenlerne, die



Foto: Santiago La Rotta

ähnliche Interessen haben wie ich. Diese Freiheit gibt mir eine ganz andere Lebenskraft.

OOD Wie würdest du die Situation der Hochschule in Kolumbien beschreiben?

DM Seit 2002 ist Uribe amtierender Präsident der Republik Kolumbien. Ihm werden Kontakte zu Paramilitärs und das Unterdrücken kritischer Stimmen vorgeworfen. Seit er an der Macht ist, entspricht die Situation der einer »normalen« Entwicklung neoliberaler Politik, die seit Anfang der 90er in Kolumbien durchgesetzt wird. Besonders ist jedoch die Neoliberalisierung der Hochschule: In einem Land, in dem es kaum Industrie gibt, dafür aber viele Probleme mit Korruption in der Wirtschaft, ist die beste Möglichkeit Profit zu erwirtschaften, auf die Grundbedürfnisse zuzugreifen, also Wasser, Strom und Bildung. In einem verarmten Land werden die Leute versuchen, mit allen Mitteln an der Uni zu studieren und so wird Bildung zu einem großen Geschäft. Die *Universidad Nacional* ist das fünftgrößte Unternehmen in Kolumbien. Wenn wir über Privatisierung der Uni sprechen, bedeutet dies nicht, dass Gebäude oder Infrastruktur verkauft werden, sondern dass Privatkapital die Einrichtungen übernimmt und in ein Unternehmen umwandelt.

OOD Siehst du parallele Entwicklungen zwischen den Hochschulreformen zur Zeit in Kolumbien und den Hochschulreformen in Europa und weltweit?

DM Auf jeden Fall. Die Reformen in Kolumbien sind Teil des kapitalistischen Systems, in dem dieses Land – global betrachtet – eine wirtschaftlich abhängige Rolle spielt. Die Reformen kommen aus Europa, wie der *Bologna-Prozess*, aber sie werden im kolumbianischen Kontext gegenüber der Welt umgesetzt. Es gibt viele Ähnlichkeiten: Die Finanzierung durch private Wirtschaftsgruppen, die akademischen Inhalte, die Tendenz, »unproduktive« Fachbereiche (wie zum Beispiel die Geisteswissenschaften) zu streichen. Es wird in technische und technologische Fachbereichen investiert. In Kolumbien hat dies aber andere, ganz fatale Auswirkungen, da das Land im kapitalistischen System eine abhängige Rolle einnimmt: Es gibt billige und einfache Arbeitskräfte für die Weltproduktion und keine Perspektiven für die Studierenden.

OOD Wie ist die Verbindung zwischen der sozialen Problematik und der hochschulpolitischen Problematik in Kolumbien?

DM Die Universität in Kolumbien ist, wie in anderen ähnlichen Ländern, der einzige Ort,

wo sozialer Aufstieg möglich ist. Aus diesem Grund wollen viele Eltern immer noch unbedingt, dass ihre Kinder Ärzte, Anwälte oder Ingenieure werden. Außerdem wird die Uni zu einem wichtigen Ort des kritischen Denkens. An der Uni haben die Leute die Möglichkeit, mindestens eine Stunde am Tag die Realität zu reflektieren und das ist in Kolumbien ein Luxus. Es ist ein Luxus, dass die Studierenden erfahren, was woanders passiert, was mit der Indigenen- oder Bauern-/Bäuerinnenbewegung geschieht oder welche Lügen die Medien gestern verbreitet haben. Die Uni ist der Ort, wo der Kopf arbeitet, wo über Geschehnisse reflektiert wird. So steht sie im Verhältnis zu den sozialen Bewegungen. Das ist der soziale Wert der Hochschule, deswegen müssen wir sie verteidigen.

OOD Gibt es ein direktes Verhältnis zwischen der Sozial- und der Studierendenbewegungen in Kolumbien?

DM Ja, in den kolumbianischen Hochschulen gibt es gesetzlich keinen AStA und kein Studierendenparlament, die studentische Bewegung basiert auf Eigeninitiative. Wir können das als Vorteil sehen, weil diese »natürliche« Bewegung für studentische Angelegenheiten dadurch mit anderen sozialen Bereichen in Dialog treten muss. Die Studierenden beschäftigen sich mit anderen sozialen Kämpfen und nicht nur mit ihrem eigenen. Wenn es formale Strukturen gäbe, wäre das vielleicht nicht so. Die Verbindungen zwischen der Universität und den sozialen Bewegungen liegen nicht nur in ähnlichen Interessen, sondern sind auch Folge der Organisationszustände.

OOD Warum streikt die *Universidad Nacional* gerade?

DM Seit 2006 wird mit der Regierung Uribes ein Modell der »Definanzierung« durchgesetzt. Konkret haben die Universitäten dadurch mehr Finanzierungszwänge, was zur Reduzierung des Budgets führt. So muss die Uni selbst für die Renten der ehemaligen Mitarbeiter_innen sorgen. Dabei ist das Budget seit 1992 nicht gestiegen, obwohl es heute viel mehr Studierende und Angestellte gibt. Das führt zu einem Defizit. Das Problem liegt nicht nur in der Finanzierung, sondern in den Strukturen. Im Nachhinein spielt sich der Staat als Retter auf und verschleierte seine Rolle als Verursacher der Krise. Es ist sehr kompliziert, aber zusammengefasst wird behauptet, der einzige Weg, die Uni zu retten, sei die Finanzierung durch Privatkapital. Als der Haushalt für das Jahr 2010 bekannt gegeben wurde, haben die Unileitungen versucht, die Regierung unter Druck zu setzen, damit mehr finanzielle Mittel zur Verfügung

»In einem armen Land versuchen die Menschen mit allen Mitteln zu studieren. So wird Bildung zum großen Geschäft«

gestellt werden. Wenn es jetzt nicht zu einem anderem Finanzierungsmodell kommt, werden wir in einigen Jahren die Schließung aller nicht privatisierten Unis erleben.

OOD Welche Unterschiede gibt es zwischen dem aktuellen Präsidenten der Universidad Nacional, Moisés Wassermann, und den vorherigen Uni-Präsidenten?

DM Die Regierung Uribes hat die Autonomie der Uni direkt verletzt, indem ein Präsident mit neoliberalen Ideen durchgesetzt wurde. Wassermann ist zwar kein Freund von Uribes, er ist aber von dessen neoliberalen Modell überzeugt. Er wurde gegen den Willen und die Empfehlungen der Studierendenschaft eingesetzt. Einerseits fordert er mehr Geld von der Regierung, andererseits hielt er bei der *ExpoKolumbien* zusammen mit dem Vize-Bildungsminister einen Vortrag, der das neoliberale Modell unterstützte. Das ist inkonsequent.

Wassermanns Finanzierungsforderungen sind ernst: Wer will schon als letzter Präsident der öffentlichen Uni in Erinnerung bleiben? Niemand! Er wird in einem nicht funktionierenden Modell als Univerwalter eingestellt, und jetzt muss er die Fehler dieses Modells ausbügeln. Es ist zu spät, sich zu beschweren und Forderungen an die Regierung zu stellen. Das hätte er schon

2007 tun müssen. Damals meinte er, dass die Studierenden nicht streiken sollten, weil mensch die Finanzierung mit der Regierung verhandeln könne. Jetzt wird zwar von den Medien berichtet, dass Wassermann mehr Geld für die Uni fordert, aber die Studis haben das schon seit Jahren beklagt. Wenn er zur Regierung geht und mehr Geld fordert, macht er es in der Überzeugung, dass sein akademisches Prestige auf dem Spiel steht. Aber er ist für diese Krise mitverantwortlich. Er hat nicht auf uns gehört.

OOD Wie reagiert die Unileitung auf die Forderungen der Studierenden?

DM In der jetzigen Situation hört ihnen kaum jemand zu, aber das hat klare Ursachen. Die meisten Autoritäten an der Uni sind nicht legitimiert. Sie wurden antidemokratisch und gegen den Willen der Studierenden eingesetzt. Deshalb versperren Studis dem Auto des Präsidenten den Weg, wenn er über den Campus fährt. Manchmal beschränkt sich die politische Initiative auf solche Aktionen, wobei ich denke, dass das nicht das zentrale Problem ist, aber in der jetzigen Situation verständlich. Erstmals werden viele Menschen an die Uni berufen, die nichts mit akademischem Leben zu tun haben: Ex-Militärs, Manager des produktiven Sektors, erfolgreiche Geschäftsführer, usw. Sie verwalten die Uni wie ein Unternehmen. Mit der jetzigen antidemokratisch durchgesetzte Verwaltung entsteht eine Dynamik, die das Unileben verändert und autoritäre Strukturen fördert. Die Polizei erhält Zugang zum Campus, Vollversammlungen von Studierenden werden ignoriert.

OOD Welche Arten von Aktionen gibt es? Wie drückt sich der Protest aus?

DM Die wichtigste Form ist die akademische Reflexion. Es werden Arbeitskreise gebildet. Mittlerweile gibt es auch viele kulturelle Aktivitäten. Große Demonstrationen und Vollversammlungen sind eine weitere Form des Protests. Seit einigen Tage gibt es auch das landesweite Notfall-Treffen. Weil wir keinen AStA, kein Studierendenparlament oder andere »sichere« Strukturen haben, haben wir vor ein paar Jahren diese Art von Treffen ins Leben gerufen. Dorthin kommen Studierende, die denken, dass wir uns in einer Notsituation befinden und dort wird über die Situation der Universitäten und der Studis diskutiert.

OOD Bis wann soll der Streik dauern?

DM Nicht mehr lange. Die Finanzierung für die Unis wurde schon verabschiedet. 160 Milliarden² Pesos für das Jahr 2010. Aber es

wird nicht gesagt, wie dieses Geld verwaltet werden soll. 70 Milliarden gehen an *Colciencias* und *Icetex*³. Sie fungieren jeweils als Projektmanagement und Kreditinstitute. Dieses Geld wird an der Uni nicht ankommen. Der Rest geht zum Bildungsministerium und wird dann leistungsabhängig an die Universitäten vergeben. Die Hochschulen müssen also in Konkurrenz zueinander darum kämpfen, welche die vom Bildungsministerium durchgesetzten Ansprüche am ehesten erfüllt. Es lohnt sich gerade nicht mehr zu streiken, sondern diesen Streik auszuwerten und den nächsten Streik zu planen. Unsere moralische Aufgabe als Studierende ist Kämpfen. Ob wir gewinnen oder nicht, hängt nicht nur von uns ab. Aber wir werden weiter kämpfen, weil wir schon viel zu lange verlieren. Was sollen wir sonst tun?

OOD Gibt es Repression?

DM In diesen Tagen erleben die kolumbianischen Universitäten einen ihrer schlimmsten Angriffe. Die Menschenrechte werden immer mehr eingeschränkt. Die Privatisierung nimmt zu und der studentische Widerstand wächst ebenso schnell. Die Antwort der Unileitungen und des Staates ist Repression. Wenn es Proteste gibt, dauert es nicht lange, bis die Regierung angreift, Drohflyer von paramilitärischen rechten Gruppen auftauchen, polizeiliche und militärische Überwachung und Unterwanderung sich auf dem Campus verbreitet. Die soziale Krise der Universitäten verschärft sich durch das Eindringen des militärischen Konflikts in die Bildungsproblematik, was Tote und Vertriebene zur Folge hat.

Die Uni in Kolumbien ist, wie die gesamte kolumbianische Gesellschaft, in einem ständigen sozialen, ökonomischen und politischen Konflikt. Politisch, da sie undemokratisch ist und die Autonomie der Uni verletzt wird. Ökonomisch, weil sie nicht mehr staatlich gefördert, sondern privatisiert wird und der Zugang auch weiterhin ein Privileg bleibt. Sozial, weil mit den Kürzungen die kulturelle und soziale Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls gekürzt wird.

Durch die Verknüpfung der universitären Problematiken und des militärischen Konflikts werden Aktionen, die zuvor als Proteste galten, nun zu Straftaten gemacht werden. Als beispielsweise vor einigen Wochen der Ausgang der Uni-Präsidenten aus einem Gebäude blockiert wurde (eine übliche Form des Protestes), wurden die protestierenden Studis zu Entführern erklärt und sogar eine Belohnung für die Denunzierung der »geistigen Anführer_innen« angeboten. Polizei und Militär wird eingesetzt, um die Bewe-



Foto: Julián Ortega Martínez

gung zu überwachen. Der kolumbianische Vizepräsident sagte in der Öffentlichkeit, dass die Universität ein Terroristennest sei. So werden militärische Maßnahmen, also Mord und Verfolgung, an der Uni legitimiert. Und es wird immer schlimmer, weil der Widerstand gegen die Reformen auch größer wird. Die Ergebnisse heute sind 19 ermordete Studierende innerhalb von drei Jahren, mehr als 100 Vertriebene allein nach offiziellen Angaben und eine Unmenge von Morddrohungen an allen Universitäten. Unsere Studien über die Verletzungen der Menschenrechte zeigen, dass die Repression immer schlimmer wird.

OOD Wie können Studierende in anderen Ländern der Welt euren Kampf unterstützen?

DM Das ist die schwierigste Frage, weil wir leider keine Ahnung haben. Wir können nicht sagen, was das Beste ist, weil es von den Situationen und Dynamiken der ein-

»Neunzehn ermordete Student_innen in drei Jahren, mehr als 100 Vertriebene und eine Unmenge von Morddrohungen an allen Universitäten«

zelen Ländern abhängt. Aber es gibt drei Richtungen, denen Mensch folgen könnte: Die Erste ist es, die Grundexistenz der studentischen Bewegung zu unterstützen, also mit ökonomischer Unterstützung für Internetseiten oder den Druck von Zeitungen.

Die zweite Form wäre Öffentlichkeitsarbeit. Es ist notwendig, dass die schwierige Situation der kolumbianischen Studierendenbewegung weltweit bekannt gemacht wird. So kann Druck erzeugt werden, damit die Studis in Kolumbien weiterhin politisch aktiv sein können, ohne umgebracht zu werden. Beispielsweise wird am 17. November im Rahmen eines studentischen Forums im EU-Parlament über die Situation der Widerstandskämpfe der kolumbianische Studierendenbewegung berichtet. Dort wird anerkannt, dass die kolumbianische Regierung eine autoritäre und repressive Regierung ist. Die Menschenrechtsverletzungen, der gewaltige Anstieg von Militär- und Polizeipräsenz auf dem Campus, sowie Bedrohungen müssen verurteilt werden. So versuchen wir, die Arbeit unserer Komiliton_innen in

Kolumbien sicherer zu machen.

Die dritte Form von Unterstützung ist ein gemeinsamer Kampf gegen dieses neoliberale System, das die öffentliche Bildung in Gefahr bringt. Beispielsweise die Aktion im Henry-Ford-Bau hier an der FU, bei der gerufen wurde »Keine neoliberale Universität, keine Kooperation mit Paramilitärs«. Das könnt ihr hier weiter machen: Kämpfen gegen das neoliberale Bildungssystem und unterstützen anderer Studibewegungen, die unter autoritären Regierungen überleben wollen.

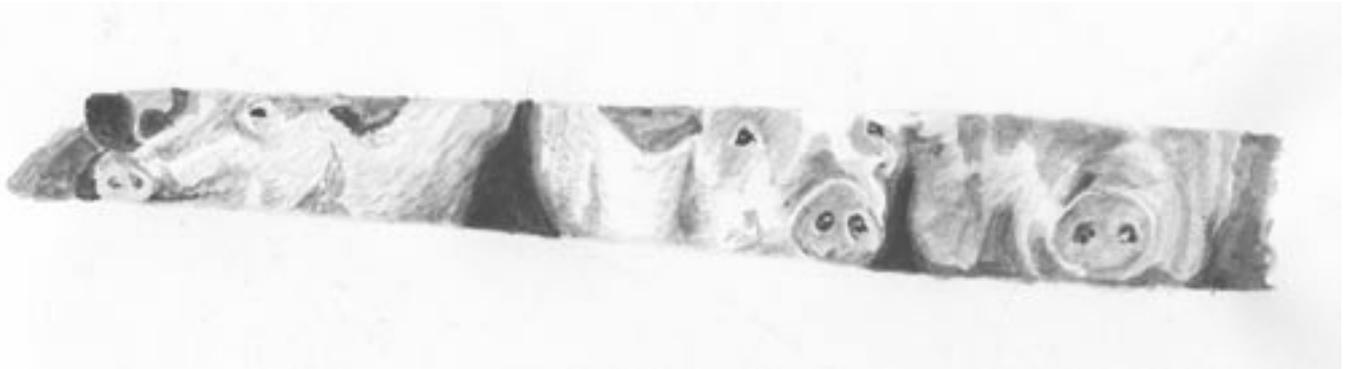
1 *Asociación Colombiana de Estudiantes Universitarios* – Kolumbianische Studierende Vereinigung www.aceuocolombia.org

2 Ungefähr 54 Millionen Euro

2 *Colciencias* ist »departamento administrativo de ciencias, tecnologías e innovación« (Administrative Abteilung für Wissenschaft, Technologie und Innovation) <http://quihicha.colciencias.gov.co/web/guest/home> *Icetex* heißt: Instituto colombiano de créditos de estudio y estudios técnicos en el exterior (kolumbianische Institut für Studienkredite und Auslandstudien) www.icetex.gov.co/portal/Default.aspx

Im Dienst von Mensch und Tier Über die Auswirkungen einer Kooperation des Chemiekonzerns *Boehringer Ingelheim* und der Tierärztlichen Hochschule Hannover

Text: Markus Kurth



Nun ist es also amtlich. *Boehringer Ingelheim*, deutscher Familienkonzern und internationales Schwergewicht unter den Pharmaunternehmen, darf in Hannover-Kirchrode zusammen mit der Tierärztlichen Hochschule sein *Europäisches Tierimpfstoffzentrum* errichten. Der Stadtrat stimmte am 17. September 2009 beinahe geschlossen für den Neubau. Es wird in diesen Laboratorien allerdings nicht um Lösungen zur Verbesserung der »Tiergesundheit« im eigentlichen Sinne gehen. Das Ziel heißt stattdessen Effektivierung der Massentierhaltung. Das ist allein schon daran ersichtlich, welche nicht-menschlichen Tiere für die Erprobung neuer Impfstoffe herhalten dürfen: Schweine, später vielleicht auch Rinder.

Aus den verschiedensten Gründen regte sich Protest gegen dieses Vorhaben: Tierschützer_innen geißeln die Massentierhaltung als nicht artgerecht, eine gegründete Bürger_innen-Initiative stört sich an der Lage des geplanten Zentrums mitten in einem Wohngebiet. So richtig bekannt wurde die Geschichte allerdings erst, als einige Menschen

Anfang Juli das Baugelände für mehrere Wochen besetzten. Tierbefreierische Positionen, welche grob gesagt jegliche Nutzung von nicht-menschlichen Tieren für menschliche Zwecke ablehnen, waren stark vertreten – der Grundkonsens der Besetzer_innen bestand zumindest in der Ablehnung von Massentierhaltung und Tierversuchen, sowie der Gewaltfreiheit der Besetzung. Am 12. August sprach die Polizei der Versammlung unter abstrusen Vorwänden eben jene friedfertige Grundeinstellung ab - mit über 1000 Polizist_innen wurden die zu diesem Zeitpunkt 33 Besetzer_innen geräumt. Neben Kletterteam, Pferde- und Hundestaffel, sowie Schaufelbaggern, ließ es sich die Polizei auch nicht nehmen mit vier Wasserwerfern, vier Räumpanzern und einem Helikopter zu demonstrieren, wer das Monopol darauf hat, Gewalt zu definieren und auszuüben. Eine zweite Besetzung konnte jedoch auch mit Gewalt nicht verhindert – nur erneut geräumt – werden.

In diesem Text soll versucht werden, die Hintergründe der Ansiedlung des Pharma-

konzerns *Boehringer Ingelheim* in Hannover zu beleuchten und dabei Zusammenhänge herzustellen zwischen einer rein affirmativen, wirtschaftlich orientierten Hochschulpolitik und Wissenschaft, ökonomischen Rahmenbedingungen, fehlenden Beteiligungsstrukturen und den Konsequenzen für gesellschaftliche Prozesse. Es soll aufgezeigt werden, dass es einer kritischen Wissenschaft und Praxis bedarf, die Auswüchse verfehlter »Bildungsinstitutionen« zu korrigieren.

Wissenschaftsstandort gleich Wirtschaftsstandort?

Es braucht nicht viel, um so ein *Europäisches Tierimpfstoffzentrum* bauen zu lassen. Es genügen eine Hand voll Entscheidungsträger_innen, die das Einmaleins des Standortdenkens im Schlaf beherrschen und darauf spekulieren, selbst bei den unmoralischsten Angeboten für ihre Scholle etwas politischen Profit herauschlagen zu können. Wenn an jeder Ecke Konkurrenz lauert, sind weder politische noch ethische Bedenken gegenüber einem mächtigen Pharmakonzern angebracht. Hannover scheint das besonders gut zu können, denn ein Unternehmensvertreter von *Boehringer Ingelheim* bedankt sich brav für »die aktive Unterstützung durch das politische Umfeld« gleichwohl er dem »Faktor ›wissenschaftliches Umfeld‹ dabei große Bedeutung« zumisst, »denn erfolgreiche Forschung basiert immer auf der Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von anderen Forschungseinrichtungen. Die Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover ist für uns im Bereich der anwendungsorientierten Forschung ein interessanter Partner. Das Forschungszentrum in unmittelbarer Nachbarschaft zur Tierärztlichen Hochschule stellt eine Ergänzung der dortigen Aktivitäten dar und beide Institutionen werden von möglichen Synergien profitieren.«¹

Merkwürdigerweise war von der »große(n) Bedeutung« des wissenschaftlichen Umfeldes im zunächst präferierten Tübingen noch keine Rede. Dort führte die Nicht-Information der Bevölkerung durch die Entscheidungsträger_innen zu einem derartigen bürgerlichen Protest, das letztlich sowohl die amtierende Bürgermeisterin gestürzt als auch die Baupläne vereitelt wurden.² Als hätte *Boehringer Ingelheim* aus den Fehlern gelernt, wird im erneuten Versuch zwar Bürger_innen-Beteiligung wieder konsequent ausgeschlossen, aber zumindest gibt es diesmal beschwichtigende Informationsveranstaltungen für besorgte Bürger_innen. Nach dem Motto: Wenn erst einmal alle Fragen zur Geruchsbelästigung geklärt und die Sicherheitskonzepte vorgestellt sind, wird

schon Ruhe sein. In einem Nebensatz des Unternehmensvertreters wird sogleich von »öffentlicher Akzeptanz für die Forschung« gesprochen und eigentlich gilt es ja sowieso nur die wirklich relevanten Akteur_innen zu gewinnen – der Rest ist PR.

Zu diesen relevanten Akteur_innen zählen: Eine um Reputation und Drittmittel besorgte *Tierärztliche Hochschule* (TiHo), der ein starker »Praxis-Partner« wie gerufen kommt. Ein Oberbürgermeister, der *Boehringer Ingelheim* schnellstmöglich alle Stolpersteine aus dem Weg räumen will, da er – ganz dem herrschenden Wissenschaftsverständnis verfallen – weiß: »Je mehr Austauschmöglichkeiten zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen wir anbieten können, desto erfolgreicher wird Hannover auch in Zukunft als Universitätsstandort sein – mit allen positiven Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Standortqualitäten«³. Und wenn wir schon beim *Standort Deutschland* sind, darf natürlich auch der Ministerpräsident nicht fehlen: »Das Forschungsland Niedersachsen bekommt damit eine weitere Facette, mit der wir zugleich die Qualität der wissenschaftlichen Institutionen in unserem Land bestärkt sehen. Die dynamische Entwicklung der Gesundheitsforschung in Niedersachsen macht uns international wettbewerbsfähig und erhöht die Chance, das weltweit große Marktpotenzial auch für unsere *Life Science*-Unternehmen zu nutzen.«⁴

Die Life Sciences und fruchtbare Kooperationen

So erklärt Christian Wulff ganz nebenbei auch noch die Wirkmechanismen kapitalistischer Verwertungslogik. Nicht Sinnhaftigkeit oder gar die Bedürfnisse von Menschen (geschweige denn die nichtmenschlichen Tiere) stehen im Fokus der Wirtschaftsanstrengungen, vielmehr ist »Marktpotenzial«, sprich Verwertbarkeit, entscheidend. Die *Life Sciences* erfüllen eben dieses Marktpotenzial, liegt dem Forschungszweig doch bereits eine auf industrielle Bedürfnisse, anwendungsorientierte biomedizinische Forschungsweise zugrunde. Wollen staatliche Forschungseinrichtungen von Konzernforschung profitieren, muss die Politik diese eben umwerben.

Mag die neoliberale Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche gerade in einer vermeintlichen *Krise* stecken, die Verschiebungen sind auch auf dem Wissenschaftssektor nicht zu übersehen. Die Kooperation privater Konzerne und öffentlicher Institutionen weiß sich in vielen Fällen schon lange als selbstverständliche Verbindung für

effiziente und gesellschaftlich gewinnbringende Wissenschaft darzustellen. Die *Tierärztliche Hochschule* ist das beste Beispiel. Seit 2003 ist sie eine Stiftungs-Universität. Platt gesagt, kann die nun formierte »gemeinnützige« Stiftung so in den meisten Bereichen unabhängig vom Land Niedersachsen entscheiden und trotzdem weiterhin den Großteil ihres Budgets vom Land erhalten. Klingt sehr verlockend – und wenn nun *Boehringer Ingelheim* mit der *TiHo* »Synergien« erzeugen möchte, kann auch die Eigenaussage »Forschung an der *TiHo* steht immer im Dienste von Mensch und Tier«⁵ getrost in den Hintergrund treten. Über diesen kleinen Umweg kann privatwirtschaftliche Forschung unauffällig staatlich subventioniert werden. Staatlich finanzierte Infrastruktur gegen Forschungsergebnisse scheint für beide ein gutes Geschäft zu sein.

Solche infrastrukturelle Vorteile mögen im (akademischen wie wirtschaftlichen) Wettlauf um »Innovationen« oftmals erfolgsentscheidend sein.

Innovativ ist *Boehringer Ingelheim* allerdings schon eine ganze Weile. So wurde vom Konzern 1956 das hochgiftige Dioxin entdeckt. Die Gefährlichkeit von Dioxin sollte jedoch noch eine Weile im Dunkeln bleiben. Denn als dann Trichlorphenolatlauge für die Produktion von *Agent Orange*⁶ im Vietnamkrieg hergestellt wurde, litten nicht nur die im Werk Arbeitenden plötzlich an Kopfschmerzen. An den Spätfolgen dieses dioxinverunreinigten, krebserregenden »Entlaubungsmittels« des US-Militärs leiden auch heute noch ca. 500 000 Vietnames_innen und viele Militärangehörige in den USA. Übrigens wurde *Agent Orange* in Kooperation mit so einschlägigen Firmen wie *Dow Chemical* und *Monsanto* produziert. Letztere verdienen zur Zeit an gentechnisch verändertem Saatgut und Patentrechten auf Pflanzen. Wobei die langfristigen Ziele die Verdrängung gentechnikfreier Anbauprodukte vom Markt und die Abhängigkeit der Bäuer_innen durch strikte Patentaufgaben sind.⁷

Es ist also gar nicht mal verkehrt, die Bedingungen zur Erlangung des Labels »International wettbewerbsfähig« im *Life Sciences* und *Bio-Tech*-Bereich mit einer immer rücksichts- und skrupelloseren Ausbeutung von Menschen und nichtmenschlichem Leben sowie der nachhaltigen Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen zu definieren – gruselige Ideen wie Patentrechte auf Leben inklusive. Auf den ersten Blick mag es erschreckend wirken, dass sich staatlich finanzierte Hochschulen an einem solchen Treiben beteiligen.

92% der Mittel, die sich im Tierversuch als wirksam und sicher erwiesen haben, kommen nicht durch die klinische Prüfung.

Universitäten und Tierversuche

Näher betrachtet stehen Universitäten allerdings nicht außerhalb der Gesellschaft. Im Gegenteil werden die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse von allerhand akademischen Theorien legitimiert. Im Fall von *Boehringer Ingelheim* sind so auf der Grundlage breiter wissenschaftlicher Akzeptanz von Tierversuchen und dem Deckmantel von »Tiergesundheit« Versuche zu Impfstoffen für die Massentierhaltung akademisch abgesichert.

An »praktisch allen Universitäten (...) sowie an zahlreichen Bundes- und Max-Planck-Instituten«⁸ werden Tierversuche in irgendeiner Art durchgeführt. Jedes Mal handeln Akademiker_innen dabei unmittelbar grausam, wenn sie um der Reputation ihrer Institution und der eigenen Karriere willen selbst quälen und morden. Denn Tierversuche sind noch immer »anerkannte Wissensquellen« - um Grundlagenforschung zu betreiben, Medikamente auf ihre Sicherheit und Chemikalien auf ihre Giftigkeit (z.B. in Kosmetika) zu prüfen. In den meisten Fällen sollen diese Ergebnisse auf Menschen übertragen wer-

den. Durch dieses hehre Ziel wird die Freiheit der Wissenschaft zumeist höher bewertet als etwaige Tierschutzgesetze und auch wenn Tierversuche genehmigungspflichtig sind. 2,69 Millionen Tiere starben trotz allem allein 2008 in deutschen Laboratorien⁹.

Die meisten so genannten Versuchstiere sind Mäuse und Ratten, aber auch ca. 100 000 Kaninchen und eine Vielzahl von Affen, Hunden und Katzen sterben jedes Jahr »für die Wissenschaft«. Das Leiden in Tierversuchslaboren ist unbeschreiblich. Wer schon einmal Filmmaterial von Versuchstieren gesehen hat, weiß das. Unsinnig sind sie obendrein. So schreibt beispielsweise die Veterinärmedizinerin Dr. Corina Gericke: »Tatsächlich versagt die tierexperimentell ausgerichtete Forschung immer wieder auf ganzer Linie. 92% der potentiellen Arzneimittel, die sich im Tierversuch als wirksam und sicher erwiesen haben, kommen nicht durch die klinische Prüfung, entweder wegen mangelnder Wirkung oder wegen unerwünschter Nebenwirkungen. Von den 8% der Wirkstoffe, die eine Zulassung erhalten, wird die Hälfte später wieder vom Markt genommen, weil sich beim Menschen weitere schwerwiegende, oft sogar tödliche Nebenwirkungen herausstellen.«¹⁰ Durch die Verschiedenheit vieler Tierarten untereinander bedingt, ist eine Vergleichbarkeit von Ergebnissen bzw. eine Übertragung von Ergebnissen einzelner Tierarten auf Menschen nur begrenzt oder gar nicht möglich. Das tierversuchskritische Forschen an Ersatzmethoden wird behindert, wo es nur geht. Zu groß ist die Furcht der Beteiligten vor dem Wegfall von Forschungsgeldern für die ewig gleichen lebensverachtenden Tests. Dabei bedarf es dringend neuer Methoden – sowohl im Interesse von Patient_innen als auch der Versuchstiere.

Aus dem Labor in den Stall

Die Realitäten sind beängstigend und dank »Impfstoffen« und Rentabilität werden sie noch beängstigender. Es geht nicht um Tiergesundheit im eigentlichen Sinne. Vielmehr sollen riesige Schweinemastanlagen noch größer werden können, ohne dadurch allzu viele Tiere an hausgemachte Krankheiten und Erreger zu verlieren.

Profitieren könnte davon auch die jüngst genehmigte Schweine-Aufzuchtanlage in Alt-Tellin. In anderen Bundesländern sind die behördlichen Auflagen bereits zu hoch – in einem armen Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern hingegen darf auch ein in den Niederlanden für Verstöße gegen den Tierschutz mehrfach rechtskräftig verurteilter Investor noch bauen und auf massive Sub-

ventionen hoffen. Eine Ferkelzuchtanlage in der Größenordnung von 250 000 geworfenen Jungtieren im Jahr, 10 000 Muttersäuen und einer permanenten Belegung von 65 000 Schweinen – dafür braucht es gerade einmal sechs Hektar Land bzw. einem Quadratmeter pro Schwein.

Durch die Impfstoffe von *Boehringer Ingelheim* wird dieser Platz in Zukunft wohl »erfolgreich« weiter reduziert werden. Aber was sind schon solch unangenehme Zahlen, wenn dafür in Mecklenburg-Vorpommern 40 neue Arbeitsplätze entstehen?¹¹ In Hannover werden es anfänglich 50, später vielleicht sogar 200 sein.

Eine unkritische Kooperation, wie sie die *Tierärztliche Hochschule* anstrebt, hat jedoch nicht nur in Bezug auf Schweine Auswirkungen. Auch der Welthunger hängt eng mit einer intensiven Tierhaltung zusammen. Denn die ständig wachsende europäische Schweine- und Rindermast benötigt landwirtschaftliche Nutzflächen – vor allem für Futtersoja, vor allem in Südamerika. Über die Zölle und Subventionen der Wirtschaftsnationen werden lokale Wirtschaften im globalen Süden klein gehalten und die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Gensoja, krank machende Pestizide, Raubbau an Regenwaldgebieten, Klimakatastrophen, Abhängigkeit der eigenen Ernährung vom Weltmarkt sind die Konsequenzen, welche hauptsächlich Menschen in den armen Ländern des Südens tragen müssen. Auch wenn die wichtigste Kraft hinter dem Welthunger eine falsche Verteilung der Güter ist, so entschuldigt dies keineswegs die massive Verschwendung von Ressourcen für die Intensivtierhaltung.¹²

Kritische Wissenschaft?!

Mag es theoretisch möglich sein, die Anwohner_innen einzubeziehen, ihnen Gestaltungsspielräume an die Hand zu geben und ihre Wünsche und Bedenken zu aller Zufriedenheit hin zu lösen (wobei nicht einmal das ernsthaft versucht wurde), so ist keine Einigung möglich, wenn auch nicht-menschliche »Nutz- und Versuchstiere« als die empfindungsfähigen Lebewesen, die sie sind, betrachtet werden. Eine Nutzung unter dem gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung ist daraus folgend strikt abzulehnen. Auch wenn eine kritische Forschung zu gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnissen noch in den Kinderschuhen steckt, die sie umgebende Tierbefreiungsbewegung wächst kontinuierlich. Sind die Ansätze innerhalb der Bewegung vielfältig, so geht es doch dabei um mehr

Den Widerstand gegen *Boehringer* konnte auch eine martialische Räumung durch vermummte SEK-Kräfte nicht brechen.

als nur »die armen Tiere«. In Anschluss an viele andere Befreiungsbewegungen werden Herrschaftsverhältnisse auch im Umgang mit nichtmenschlichen Tieren identifiziert. Dies funktioniert praktisch von der Zucht und Tötung von nichtmenschlichen Tieren für die *Fleischgewinnung* über die Ausbeutung der *Milchkühe*, der *Legehennen* bis hin zu den Schrecken der Tierversuchslaboratorien. Theoretisch ist der Blick »aufs Tier« von brutaler Distinktion, Überheblichkeit und jahrhundertealten Vorurteilen geprägt. Statt einer Vielzahl an Mitlebewesen gibt es im herrschenden Denken nur »das Tier« und »den Menschen«, statt Übergängen und Spektren gibt es nur Grenzen. Das hat auch hängt auch mit dem Menschenbild der Aufklärung zusammen, welches in hierarchischer Abgrenzung zum Tier entstand. Über die dem Menschen eigene Vernunft¹³ wird diesem Intelligenz, Unabhängigkeit und Kultur zugeschrieben und die konnte ein Wesen dann nur qua Gruppenzugehörigkeit entweder haben oder nicht haben. Differenzierter betrachtet gibt es sowohl unter jenen als hegemonial konstruierten Körpern selbstverständlich Gebrechen, Leiden und Abhängigkeiten als auch unter jenen, die kategorisch von jedweder Teilhabe ausgeschlossen sind, Zeichen von Denken, Handeln und Fühlen.¹⁴ Diese moralisch komplett auszuschließen, ist kein »natürlicher« Vorgang, sondern ein politischer Ausgrenzungsprozess. Auch wissenschaftlich sind viele der »Grenzen« zwischen Menschen und anderen Tieren längst widerlegt.

Wenn sich Hochschulen für solcherlei Erkenntnisse, wie sie etwa die Primatologie¹⁵ liefert, blind zeigen und weiterhin lebensverachtende Versuche an Rhesusaffen durchführt, wie die Uni Tübingen¹⁶, dann ist das eine politische Entscheidung, welche politisch beantwortet werden muss. Wenn staatlich finanzierten Hochschulen mehr an neugierigen Grausamkeiten als an einem ethisch verantwortbaren Wissensgewinn gelegen ist, sind Interventionen einer kritischen, auch studentischen, Wissenschaft unabdingbar.

Der unbefriedbare Dissens

Eine politische Befreiung von nichtmenschlichen Tieren aus ihrer gesellschaftlichen Stellung von gesichts- und namenloser Ressource kann nicht innerhalb eines Systems erfolgen, in welchem Tiernutzung und -ausbeutung fest verankert sind. Auf dem wissenschaftspolitischen Feld gilt es diesen

Zuständen kritische Analysen gegenüberzustellen. Und wenn im herrschenden Diskurs kein Platz für die eigene Position ist, muss eine politische Praxis der Tierbefreiung diesem Diskurs über den Entzug der materiellen Grundlagen skandalisieren. In Hannover-Kirchrode ist diese materielle Grundlage der Baugrund des *Tierimpfstoffzentrums*, welcher von Aktivist_innen in einen temporären Freiraum von Verwertungslogik, Tierausschöpfung und Ungleichheit verwandelt wurde. Dass eine überdimensionierte erste Räumung und eine martialische zweite Räumung durch vermummte SEK-Kräfte diesen unbefriedbaren Dissens nicht brechen konnten, zeigt der Nachlauf.

Abspann

Noch immer gibt es Demonstrationen verschiedener Spektren gegen die geplante Anlage. In einer Aktionswoche wurde auch der utopische Gehalt der Forderungen mit liebevollen, kreativen Aktionen unterstrichen: sei es nun eine gespielte Hetzjagd von Forscher_innen auf Schweine und Kühe durch die Hannoveraner Innenstadt oder ein Inforundgang durch die verschiedenen Stationen der Geschichte der Ansiedlung mit lebendigem »Anschauungsmaterial«. Der utopische Gehalt der Besetzung und der kreativen Aktionen weist über die konkrete Auseinandersetzung hinaus: temporäre Freiräume in einer ungerechten Welt, in der das



Denken an Alternativen zur blutigen Herrschaft beinahe zum Erliegen gekommen zu sein scheint.

Mag die Besetzung geräumt worden sein, der Anspruch auf einen kollektiven »Platz für freie Gedanken, für Träume, für ehrlichen und herzlichen Umgang, für Musik, für Diskussion – und das alles ohne sich mit seinen utopischen Gedanken zurück zu ziehen oder seine Kreativität mit den Konsumgelüsten, die diese Gesellschaft bietet, zu ersticken« ist noch nicht aufgegeben.

Auf wissenschaftlicher Ebene muss eine rein affirmative Wissenschaft, die sich Konzern- und Marktinteressen unterordnet, auf ihre Voraussetzungen hin kritisch hinterfragt und vehement zurückgewiesen werden.

1 Aus der Presseerklärung des Konzerns anlässlich der Ansiedlung in Hannover: www.boehringer-ingelheim.de/presse/detail.jsp?paramOid=20074

2 www.tagblatt.de/Home/nachrichten/nachrichten-newsticker_artikel,-Chronologie-des-Boehringer-Projekts-_arid,52258.html

3 www.boehringer-ingelheim.de/presse/detail.jsp?paramOid=20074

4 Ebd.

5 www.tiho-hannover.de/allgemein/vorstellung.htm

6 <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/91/67/dokument.html?titel=Der+Tod+aus+Ingelheim&id=13487619>

7 www.greenpeace.de/themen/patente/konzerne/artikel/monsantos_patente

8 www.aerzte-gegen-tierversuche.de/component/content/article/123#Wo_werden_Tierversuche_durchgef_hrt

9 »Die Statistik berücksichtigt jedoch nicht alle im Tierversuch getöteten Tiere. So werden in der Gentechnik zur Erstellung von gentechnisch veränderten Tieren, zahllose Tiere »produziert« und einfach getötet, wenn diese nicht den gewünschten Gen-Defekt aufweisen. Auch Tiere, die schon bei Zucht, Haltung und Transport sterben oder als Überschuss getötet werden, tauchen in der Statistik nicht auf.« www.aerzte-gegen-tierversuche.de/infos/allgemein/22-versuchstierstatistik-2008

10 www.aerzte-gegen-tierversuche.de/infos/allgemein/248-warum-tierversuche-nicht-notwendig-sind

11 www.webmoritz.de/2009/07/20/alt-tellin-fleischproduktion-der-superlative/

12 www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/onlineshop/hunger.pdf (S.10ff.)

13 Die Definition von Vernunft ist zudem so eng, dass sie eine Form von Rationalität universell setzt, die jedoch zutiefst partikular, herrschaftsförmig und sowohl männlich als auch eurozentristisch geprägt ist. Andere Perspektiven werden ausgeschlossen und auf diesem Boden auch real Menschen ausgegrenzt und unterdrückt, die nicht als »vernünftig« angesehen wurden.

14 MacIntyre, Alasdair (2001): Die Anerkennung der Abhängigkeit. Über menschliche Tugenden. Rotbuch Verlag (vergriffen), insbesondere S.12ff.

15 Dazu Donna Haraway (1995): Die Neuentdeckung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Campus Fachbuch.

16 www.aerzte-gegen-tierversuche.de/infos/tierversuche-an-affen/227-affenqual-intuebungen

Und alle finden's gut

Anmerkungen zur Welle von Hörsaalbesetzungen im November

Text: Johanna Strass

November 2009: An vielen deutschen Hochschulen sind Hörsäle besetzt, auf Demos und bei Veranstaltungen bekommt mensch immer erst mal eine lange Liste von Städtenamen vorgelesen. So wie im letzten Semester geht es auch immer darum, dass wir zu Tausenden auf der Straße waren, am bundesweiten Demotag 20 000 in Berlin, 6000 in Frankfurt, 7000 in Hamburg usw.

Irgendwie sind wir viele, auch wenn an den einzelnen Hochschulen oft das Gefühl entsteht, es seien zu wenig Menschen da, die aktiv unterstützen. Wir diskutieren über Mobilisierung, über Strategien, wie mehr Studierende aus ihrem Alltagstrott herausgelockt werden können.

Weil aber einfach nur viel sein nicht reicht, diskutieren wir auch über Forderungen, die wir stellen wollen, an wen – noch unklar, erst mal auch als öffentlicher Ausdruck unserer Inhalte und des Grunds unseres Streiks. Wir diskutieren darüber wie diese Inhalte eben auch so dargestellt werden können, dass es Menschen zum Mitmachen anregt.

Die Presse greift bereitwillig unsere Proteste auf, den ganzen Tag klingen die Pressehandys und häufig laufen irgendwo Kameramenschen herum. Viele berichten positiv, manchmal aber auch gemischt mit etwas Unverständnis. Obwohl auch wirklich viel über Inhalte und das, was wir wollen, geredet wird und auch oft Stimmen in der Presse stehen, scheint es manchen unklar zu sein, worum es eigentlich geht. Es liegt vielleicht daran, dass es eben eine Bewegung ist, und zwar tatsächlich eine Bewegung von unten, ohne Organisation von oben, die zentral dafür sprechen könnte was das Bündnis will. Die bundesweite Vernetzung ist eben nur eine Vernetzung, die zwar eine bundesweite Stimme hat, dennoch aber viele kleine lokale Bündnisse mit anderen Stimmen sprechen lässt. Aber mit etwas gutem Willen lassen sich doch auch an den unterschiedlichen

Forderungskatalogen lokaler Bündnisse ähnliche grundsätzliche Kritiklinien nachzeichnen.

Irgendwie geht es immer um unsere Situation als Studierende, aber auch das ganze Bildungssystem wird kritisiert. Doch was genau ist diese Kritik? Ich will nochmal versuchen einzufangen, was für mich wichtig ist an Inhalten die im Bildungsstreik eine Rolle spielen. In der Presse kommt oft nur der zu große Workload, Verschulung und zu wenig Wahlfreiheiten an. Das ist natürlich Teil unserer Kritiken, aber eigentlich geht es um ein bisschen mehr.

Kritisiert wird vor allem die derzeitige Ausgestaltung der Hochschullandschaft, die Hochschulreform, das heißt die neoliberale *Bologna-Reform* des Bachelor/Master-Systems. Dass die kritikwürdig ist, haben inzwischen auch schon konservativste politische Richtungen bemerkt, die Frage ist aber doch, was mensch daran kritisiert. Dass die Ziele der Reform nicht verwirklicht wurden? Die internationale Vergleichbarkeit zur Vereinfachung des Auslandsstudiums? Modularisierung und Verkürzung der Regelstudienzeit, zur effizienteren Ausbildung von akademischen Arbeitskräften und der Verbesserung deutscher Standortkonkurrenz? Pflichtfächer und Anwesenheitspflicht, zur Verringerung der Abbrecher_innenquote und der Anzahl der Langzeitstudierenden? All diese Punkte haben ihre eigenen Versprechen nicht – oder zumindest bisher nicht erfüllt – die internationale Vergleichbarkeit ist eher komplizierter geworden, es gibt mehr Studienabbrecher_innen als zuvor und ob die neuen Studiengänge tatsächlich den *Standort Deutschland* verbessern bleibt fraglich, denn das alte deutsche Diplom- und Magisterstudium genoss durchaus globales Ansehen. Wer nun aber schon grundsätzlich die Ziele und die Veranlagung von Bachelor/Master kritisiert, dem können diese Bilanzen eigentlich auch egal sein. Modularisierung,



Foto: Andy Möbius

Verkürzung der Regelstudienzeit, verstärkte Verpflichtung und Kontrolle sind kein zufälliges Zusammentreffen von Veränderungen sondern Teil einer gesamten politischen Entwicklung, die mensch kurz mit Ökonomisierung beschreiben könnte und um die es hier später noch einmal geht.

In vielen Bundesländern geht es auch um eine Kritik an Studiengebühren, von denen wir hier dank erfolgreicher Protesten und rot-rottem Senat nicht betroffen sind. Und es geht nicht nur darum, dass sich die Studis beklagen, weil es ihnen jetzt an den Geldbeutel geht, sondern es geht auch noch um etwas anders: Wenn universitäre Bildung kostenpflichtig ist, wird sie – natürlich verbunden mit noch weiteren Entwicklungen, wie zum Beispiel den steigenden NCs – einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe vorbehalten. Der akademisch gebildeten Mittel- bis Oberschicht, die es sich leisten kann, ihren Kindern Studiengebühren zu bezahlen, womit Kinder sozial schwächerer Familien von vorne herein ausgeschlossen werden. Aber nicht nur das, es findet auch eine Ver-

änderung in der Haltung zu Bildung statt. Sie wird wie zu einem käuflichen Produkt und ist nicht mehr ein länger Allgemeingut, dass jede_r vom Staat zur Verfügung gestellt bekommt.

Ein viel kritisiertes Ereignis ist die Exzellenzinitiative, deswegen gehe ich nur kurz darauf ein. Das grundsätzliche Problem ist ja, dass die Bewertungskategorien des Exzellenzwettbewerbs sich nur auf Forschung beziehen, und nicht auf die Lehre, an einer Universität wird rein gar nichts ausgesagt. Und der Exzellenzwettbewerb ist doch auch politische Kompensation der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen durch öffentliche Gelder, bei der nicht davor zurück geschreckt wurde, sich von einem Gleichwertigkeitsanspruch aller Bildungseinrichtungen zu verabschieden.

Das alles sind Auswirkungen und Eckpunkte einer bestimmten Entwicklung in der Bildungspolitik. Die Abkehr von der Vorstellung einer freien Wissenschaft, die nicht nur ein historisch gewachsenes Ideal europäischer Universitäten ist, sondern nebenbei auch noch in unserem Grundgesetz verankert ist (»Freiheit von Lehre und Forschung«). Dieses Ideal wurde meiner Ansicht nach schon seit seiner Existenz gebrochen und umgangen, um Partikularinteressen zu dienen oder um systemfunktional zu sein: Drittmittelforschung gibt es nicht erst seit Bologna und Studiengänge sind schon immer, zumindest zum Teil darauf ausgerichtet, für einen Beruf auszubilden.

Was ist die Relevanz einer Forschung die sich nach Partikularinteressen richtet? Forschung an einer staatlichen Hochschule sollte den Interessen der Allgemeinheit verpflichtet sein. Nun wurde diese Freiheit

der Forschung schon von Beginn an immer wieder zugunsten der Interessen einzelner Akteur_innen zurückgestellt, aber in den letzten Jahren, insbesondere mit der Hochschulreform, stellte sich ein qualitativer Veränderung in der Entwicklung dar. An den aus öffentlichen Geldern chronisch unterfinanzierten Hochschulen gelten Drittmittelprojekte jetzt als Entscheidungskriterium für hohe Leistung, die leistungsbezogene Mittelvergabe innerhalb der Universität richtet sich nach der Anzahl der Drittmittelprojekte, der Anzahl der Abschlüsse, der Anzahl der Arbeiten... und es geht dabei immer nur um die Anzahl, nie um deren inhaltliche Qualität! Jedes privat finanzierte oder teilfinanzierte Projekt ist der Uni als Forschungspartner_in oder Geldgeber_in sehr willkommen: Aufträge von Firmen, militärisches oder polizeiliches Erkenntnisinteresse usw.

Nun geht es aber nicht nur um die Forschungsgegenstände und Forschungsgrundlagen, sondern auch um Lehr- und Lernformen. Mit den neuen Studiengängen hat sich eine Entwicklung fortgesetzt, die auch vorher schon da war. Es soll verwertbares Wissen gelehrt und gelernt werden, die Studiengänge bestehen vor allem aus Pflichtveranstaltungen, die irgendein entscheidendes Gremium als wichtig für dieses Studienfach und dessen Berufsperspektive ansieht und zwar für jede_n Student_in individuell gleich: Festgelegte Lehr- und Lerneinheiten und verstärkter Druck lassen keinen Platz für kritische Nachfragen. Das fängt schon in der Schule an und Medien und politische Stimmung tragen ihren Teil bei.

Und die Teilnahme an diesen Pflichtveranstaltungen unterliegt einer verstärkten Kontrolle. Anwesenheitslisten und elektronische Campusanmeldungssysteme scheinen Studis von vorne herein eine geringe Lernmotivation und die Notwendigkeit des Zwang zu unterstellen, obwohl mensch doch denken sollte, dass jede_r an die Uni geht und ein Fach wählt, weil er_sie Interesse daran hat. Für freie Lernformen und das Setzen eigener Schwerpunkte bleibt im Uni Alltag eigentlich kein Platz. Andere Räume und Möglichkeiten wie autonome Seminare oder Projekt tutorien, in denen Studierende selbst gewählten Lehrstoff gemeinsam in eigenen freieren Formen lernen sind hart erkämpfte Alternativen. Auch da kann eine Besetzung wie jetzt in den Hörsälen Raum schaffen, Raum bieten, um sich in alternativen Formen mit Inhalten auseinanderzusetzen die sonst im Uni Alltag zu kurz kommen. Auch die Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten sind stark eingeschränkt. Nicht

nur, dass wir immer noch eine professorale Mehrheit in allen Gremien haben: Selbst diese Strukturen der akademischen Selbstverwaltung müssen Dank der Berliner Erprobungsklausel dem autokratischen Führungsstil des Präsidiums weichen.

In diesem Bildungsstreik im Herbst 2009 und auch in vorhergehenden Bewegungen werden Forderungen nach einer anderen Bildungspolitik, mehr Autonomie der Hochschulen und einer freieren Wissenschaft und Lehre laut.

Nun, die Studierenden kritisieren und fordern. Zwar scheinen es alle gut zu finden, aber doch niemand handlungsfähig zu sein - oder nicht zuständig. Die Präsidien stellen sich auf die Seite der Bildungsstreikenden, denn es scheint ja ein gemeinsames Interesse zu geben und auch die Bildungssenatoren und Kultusminister_innen stehen dem Protest grundsätzlich positiv gegenüber. Sso setzt es sich scheinbar auch breit durch die politischen Spektren fort. Sie finden es zwar alle gut, aber passieren wird, ebenso wie im letzten Semester, wahrscheinlich nicht viel. Wenn wir nur die Lippenbekenntnissen beachten, steht die ganze Politik hinter uns, aber davon sollten wir uns nicht beeindrucken lassen. Damit sie handeln, müsste ihnen der Druck noch größer erscheinen und das Nichtreagieren als Risiko...



Foto: Andy Möbius

Edi Bese

Es gibt kein richtiges Leben im falschen Bildungssystem

Grußwort der kurdischen Jugendbewegung in **Diyarbakir** zum Bildungsstreik

In einer Lebensrealität, die vom Kapitalismus so stark durchdrungen ist, ist es unmöglich, dass die Jugend und ihr Leben und ihre Gedanken davon nicht beeinflusst werden.

Um die eigene Macht zu kreieren und zu stärken haben die Herrschenden schon immer die Jugend unter Kontrolle gehalten. Auch in der Geschichte Kurdistans gab es Beispiele, die diesem ähnlich sind. In der Legende um die Unterdrückung durch den assyrischen König Dehak heißt es, dass die Krankheit des Herrschers nur geheilt werden kann, indem er die Gehirne von jungen Menschen verspeist. Es wird klar, wie stark die Herrschenden und die Zentren der Macht bemüht sind, die Jugend unter ihre Kontrolle zu bringen. Sich selbst als Herrschende und als Macht darstellend, hat es der Kapitalismus heute einzig auf die Jugend abgesehen.

Denn sie sind es, die das zukünftige Leben verteidigen und leben können. Das ist Strategie, Taktik und Praxis um Herrschaft zu sichern. In heutiger Zeit wird versucht, diese Taktik in Bezug auf Bildung, Familie, Leben und vor allem Ökonomie zu entwickeln. Das Bildungssystem wird vom monopolistischen System als Rechtfertigung benutzt, um das

freie Denken und das Infragestellen zu verhindern. Die Bildung wird zu einem Sektor gemacht und die Menschen sozusagen versklavt. Wir, deren Herzen und Köpfe noch jung sind, wir, als Hoffnung der Menschen, dürfen das Leben voller Mühen nicht aufgeben, müssen immer wieder die Forderung nach einem Bildungssystem zu Sprache bringen, in dem sich alle frei und in ihrer eigenen Muttersprache äußern können. Die Notwendigkeit alternativer Bildungssysteme ist daran zu sehen, dass das jetzige System dem Kapitalismus dient. Deshalb müssen wir schon jetzt beginnen, ein neues Leben aufzubauen. Wenn wir das Leben der Menschen nicht richtig verstehen und nicht richtig aufbauen, ist klar, dass wir dies vor der Geschichte nicht entschuldigen können. Daher wollen wir als letztes sagen: »Das falsche Leben kann nicht richtig gelebt werden!«

Wir grüßen euch und euren Kampf mit tiefer Verbundenheit. Genug mit dem individualisierten Bildungssystem. *Edi bese* heißt *Es reicht*. Hoch lebe der Internationalismus!



Foto: Nik Brauns

Streiken für veredelte Konkurrenz in Schule und Hochschule

Bildungsstreik 2009

Text: Freerk Huisken

Schüler_innen und Studierende protestieren gegen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem, die sie als nicht weiter hinnehmbar verurteilt haben. Sie machen auf die Missstände im Bildungswesen aufmerksam. Den Studierenden stoßen – zu Recht – besonders die Konsequenzen des *Bologna-Prozesses* auf. Allerdings täuschen sie sich, wenn sie darauf insistieren, dass hässliche Verhältnisse an Schulen und Hochschulen, die ihnen das Leben schwer machen, eigentlich unpassend seien für das deutsche Bildungswesen, wie es hierzulande vom Staat betrieben wird.

Da gibt es die Forderung nach kostenloser Bildung für alle bzw. nach gesetzlich verankerter Gebührenfreiheit von Bildung. Woran wird dabei gedacht? Wenn arme Familien ihren Kindern keinen Computer, kein Arbeitszimmer oder keine Nachhilfe finanzieren können, wenn sie nicht in der Lage sind, die Studienkosten aufzubringen, dann stehen deren Chancen im Bildungswesen schlecht. In der Tat, so ist es. Man weiß also – wie zuletzt *PISA* gezeigt hat –, dass Kinder aus den unteren Schichten der Gesellschaft nach ihrer Ausbildung mehrheitlich wieder in den ›bildungsfernen‹ Lebensverhältnissen landen, aus denen sie stammen. Man weiß also um die ›sozial ungerechte‹ Sortierung dieser Gesellschaft nach Arm und Reich, die im Bildungswesen ständig bestätigt wird. Doch was greift die Forderung nach kostenloser Bildung für alle an? Geht es darum, dass Notebook, Klassenfahrt und Studienmaterialien kostenlos sind – wogegen es wirklich keinen Einwand gäbe –, oder wird dafür plädiert, dass der Geldbeutel der Eltern wenigstens nicht schon in der Schule den Kampf um Erfolge und Misserfolg entscheidet – wo sich am Geld doch sonst alles entscheidet. Soll es darum gehen, dass über den Zugang zu weiterführender Bildung und

Studium nicht die Einkommensdifferenzen, sondern nur die Resultate der Leistungskonkurrenz entscheiden? Soll diese Leistungskonkurrenz weiterhin, nur eben durch keinerlei soziale Unterschiede verzerrt, den Nachwuchs nach Sieger_innen und Verlierer_innen sortieren? Wäre es denn wirklich ›sozial gerechter‹, wenn Kindern aus ›bildungsfernen Schichten‹ der Zugang zu besser gestellten Positionen eröffnet würde, dafür sich aber umgekehrt Akademiker_innenkinder vermehrt mit der Perspektive der Fabrikarbeit oder *Hartz IV* anzufreunden hätten? Bei Bildungspolitikern_innen würde man damit offene Türen einrennen. Die möchten, dass das Bildungswesen für alle Jobs der Gesellschaft den passenden Nachwuchs bereitstellt. Dabei wollen sie weder Arbeiter_innenkinder vom Studium ausschließen, noch halten sie es für grob ungehörig, wenn etwa per Studiengebühren bestehende Einkommensunterschiede in der Konkurrenz um Studienplätze und Abschlüsse wirksam

Nur die Besten für Deutschlands Elite. Will man sich wirklich dafür stark machen?

Was wäre, wenn alle Schüler_innen in derselben Schulform nach denselben Grundsätzen behandelt würden?

werden. Für sie zählt letztlich allein das Resultat der Bewährung im groß angelegten Leistungstest im Bildungssystem: Die Besten für Deutschlands Elite. Will man sich wirklich dafür stark machen?

Der Druck, den sie mit ihren Reformen dafür Schüler_innen und Student_innen machen, ist ebenfalls Gegenstand von Beschwerden. Gegen die Schulzeitverkürzung – wie das *G8-Abitur*, gegen Kurzstudium und Dauerprüfung bei der Einführung des Bachelor-Master-Studiums wird protestiert und die Aufstockung des Lehrpersonals, mehr Lehrer_innen und kleinere Klassen gefordert. In der Tat, unter Leistungsdruck wird das Lernen und Studieren immer stressiger. Doch exakt das ist gewollt: Schneller und kostengünstiger soll der Nachwuchs durch das Bildungssystem geschleust werden, früher soll er sich nach Gymnasium und Restschulen sortieren, eher, flexibler, länger und billiger soll er dann den Arbeitsmärkten zur Verfügung stehen. Genau das ist der Beitrag, den die deutsche-europäische Politik vom Bildungswesen für nationale und europäische Erfolge in der Standortkonkurrenz gegen andere ›Industriestaaten‹, besonders gegen die USA und Japan erwartet. Und die Verschärfung des Konkurrenzdrucks ist dafür

ein probates Mittel. So werden dem Nachwuchs, der hier nur als das Material dieser neuen globalen Konkurrenzveranstaltung vorgesehen ist, Beine gemacht. Deswegen fragt sich auch hier, was die Schüler_innen und Student_innen mit ihren Forderungen angreifen wollen: Die Empörung über zunehmenden Leistungsdruck scheint wenig wissen zu wollen von den unschönen Zwecken, die mit ihm verfolgt werden. Wer kleinere Klassen und mehr Lehrer_innen fordert, sich dabei auf unhaltbare Zustände beruft, wie sie auch Lehrer_innen- und Hochschullehrer_innenverbände beklagen, der entdeckt allenthalben immer nur ein Versagen der Schulbehörden, die doch »das mit uns nicht machen können!«. Aber dieses Versagen liegt nicht vor. Die Reformer haben ihre politischen Gründe und die Reformen haben Sinn und Zweck – nur eben nicht jene freundlichen, die Schüler_innen und Student_innen den Bildungspolitiker_innen unterstellen möchten.

Außerdem fragt sich, was mit mehr Lehrpersonal, längerer Lernzeit und eigentlich gewonnen wäre. Es mag ja sein, dass Lehrer_innen und Hochschullehrer_innen dann mehr Zeit für den auszubildenden Nachwuchs haben – was immer sie auch in dieser Zeit mit ihnen anstellen. Und es mag sein, dass der dann mehr lernt – was auch immer. Doch bleibt unter dem Strich kaum mehr als eine Arbeitserleichterung für das Lehrpersonal, das sich dann gut gerüstet und ohne Burnout-Syndrom an die Verteilung des Nachwuchses auf die Bildungskarrieren machen kann. Es ist nämlich eine Milchmenschennrechnung, wenn sich Schüler_innen und Student_innen von kleineren Klassen und zusätzlichem Lehrpersonal verbesserte Chancen, also gute Noten oder bessere Abi-Zeugnisse zu versprechen. Wenn sich die Lernbedingungen für alle Lernenden verändern, dann funktioniert Leistungskonkurrenz wie eh und je und verrichtet ihr selektives Werk weiter – nur vielleicht auf neuem ›Lernniveau‹. Ist das gewollt?

Die Forderung »Weg mit dem mehrgliedrigem Schulsystem« stößt sich daran, dass die Schule von vornherein sehr unterschiedliche Ausbildungskarrieren organisiert. In der Tat. Mehrheitlich wird in der Schule dieser reichen Industrienation über Noten und Punkte dafür gesorgt, dass sich die Mehrheit des Nachwuchses schon nach vier Schuljahren jeden Gedanken an ein Leben ohne größere Geldsorgen abschminken kann. Auch das verdankt sich nicht einer Bösartigkeit von Politiker_innen, sondern ihrer Kalkulation mit Bildungskosten und Anforderungen der kapitalistischen Berufswelt. Für jene Dienste, für die Haupt- und Realschulab-

Die Komitees äußern ihre Kritik an der staatlichen Schulpolitik, um am Ende doch mit Forderungen an die gerade kritisierten Bildungspolitiker_innen aufzuwarten

›Praxisnähe‹ gefordert, die doch auch nichts anderes ist als die noch engere Unterwerfung des Studiums unter ständig wechselnde Anforderungen »der Wirtschaft«? Wer also dem Einfluss der Wirtschaft auf Schule und Hochschule dort entgegentritt, wo sie auch noch penetrant als Lobby und Sponsorin auftritt und wo sie schon mal durchrechnet, ob nicht aus dem Bildungswesen auch noch ein Geschäft zu machen ist, der kommt etwas spät. Oder wären Schüler_innen und Student_innen zufrieden, wenn sie sich dem geschmähten Einfluss der Wirtschaft erst nach der Ausbildung unterwerfen müssten?

Es passt schon so manches nicht zusammen in den Streikaufrufen: Da stellten die Komitees eine Reihe von Forderungen auf, in denen ihre Kritik an der staatlichen Schulpolitik zusammengefasst ist, um dann am Ende doch wieder mit Forderungen an die gerade kritisierten Bildungspolitiker_innen aufzuwarten. Im Schoß des Staates scheinen sie sich letztlich doch besser aufgehoben zu fühlen als in dem der Wirtschaft (als ob man hierzulande zwischen Staats- und Geldmacht wählen könnte). Das scheint ein wenig auf Gegenseitigkeit zu beruhen. Denn die positiven Reaktionen von Seiten der Bildungsverantwortlichen auf die Demonstrationen und Aktionen der Schüler_innen und Student_innen sind – natürlich bei aller Mahnung vor unerlaubtem Protest – nicht zu überhören. Inzwischen sind sich so ziemlich alle Bildungspolitiker_innen darin einig,

dass der *Bologna-Prozess* nachgebessert werden muss: Ist nicht zu viel in das Bachelorstudium hinein gestopft worden? Muss der Prüfungsstress diese Ausmaße annehmen? Sind die Barrieren vor dem Masterstudium wirklich so hoch anzusetzen? Will »unsere Wirtschaft« wirklich Akademiker, die nur stur pauken, statt sich jenes Maß an Selbständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität und Kreativität an zueignen, mit dem sie dann ihrer Funktion als vielfältig und eigenständig einsetzbare Elite noch besser ausüben können?

Die Reform der *Bologna-Reform* steht längst an und der Protest aller Lernenden passt dazu: Einem kritischen Nachwuchs, dem es sehr konstruktiv vor allem um ein wenig Veredelung der Konkurrenz in Schule und Hochschule, um ein bisschen weniger Leistungsstress geht und der sich zudem mit seinen Forderungen beim Staat gut aufgehoben fühlt, dem können die Verantwortlichen in den Bildungsinstitutionen und die öffentlichen Meinungsbildner_innen selbst beim Streiken und Besetzen schon mal bildungspolitisches Verantwortungsbewusstsein attestieren. Soll's das gewesen sein, dass sich Schüler_innen und Studierende als nützliche Idioten einer von oben angesetzten Reform der Bildungsreform betätigen, die dabei von ihrem Anliegen, Deutschland und Europa als ›wissenschaftsbasierten Wirtschaftsstandort‹ gegen den Rest der Welt aufzubauen, kein Jota abgeht?

Aneignen statt enteignen

Die Besetzung der Villa BEL an der TU Berlin

Text: Zwille

»Die Villa BEL wurde soeben von Studierenden besetzt!« Jörg Steinbach, Vizepräsident der TU Berlin, war der erste, der über sein Handy von der Sache erfuhr. Wie zehntausende Studis und Schüler_innen, hielt er sich zu diesem Zeitpunkt am 17. Juni 2009 auf der großen *Bildungsstreik*-Demonstration auf. Er äußerte sich bestürzt und machte sich sofort auf den Weg zur TU, auf deren Campus die Villa seit etwa eineinhalb Jahren leer steht. Für den Abend wurden kurze Zeit später Einladungen zur Party verteilt: »Villa BEL besetzt – und damit wieder offen!« hieß es darauf.

Jahrzehntelang hatte der AStA der TU die nun wieder besetzten Räume der Villa genutzt. Es handelte sich dabei viele Jahre um einen multikulturellen AStA mit Frauen-/Lesbenräumen, Migrant_inneninitiativen und einer Druckerei. Zudem war er sogar in der Lage, für Studierende in schwierigen sozialen Lagen Mietbürgschaften zu übernehmen.

Die Villa wurde AStA-Villa genannt und war ein Symbol für eine Studierendenvertretung, die der Zusammensetzung der Studierenden gerecht wird¹. Allerdings waren die Zeiten selten rosig, und es herrschte im Auf und Ab der verschiedenen Studierendengenerationen oft eine rauhe Stimmung.

In den Jahren 2006 und 2007, als es eine rechte Mehrheit im Studierendenparlament gegeben hatte, hatte der damalige AStA aus RCDS und »Unabhängigen« einen Großteil der Infrastruktur der Studierendenschaft verscherbelt, eine Menge Geld mit aussichtslosen Kündigungsprozessen gegen Beschäftigte des AStA ausgegeben und die Villa aufgegeben, angeblich um »repräsentativere« Räume mitten im Hauptgebäude zu beziehen². Am Ende der Legislaturperiode befanden sich die Räume des AStA in einem schwer auffindbaren Keller im Erweiterungsbau des Hauptgebäudes, den die verbliebenen Beschäftigten passender Weise *Dungeon* nennen.

Als im Juni 2009 auf diversen E-Mail-verteiltern im *Bildungsstreik*-Umfeld ein Aufruf mit dem Titel »Ruhig mal wieder was besetzen« auftauchte, war so manchen studentischen Aktivist_innen klar, dass dies nur auf eine Wiederbesetzung der AStA-Villa hinauslaufen konnte.

Über die neue Art zu studieren, hieß es in diesem Aufruf: »Selbst wenn jemand keine Kinder, keine Gebrechen oder irgendwelche über das Normalmaß hinausgehende Belastungen hat, bleibt bei bester Organisation kaum etwas von der Zeit zur freien Verfügung. Diese Zeit fehlt zur Reflexion und Selbstentfaltung; sie legt uns fest auf den permanenten Versuch, am Ende in der Konkurrenz um Jobs besser als andere dazustehen. Dies ist nicht nur Enteignung von Lebenszeit, sondern auch von Lebensqualität!«³ Hier wird deutlich, dass in diesem Zusammenhang bereits länger über die Umstände diskutiert wurde, unter denen Besetzungen gerechtfertigt sind.

Die Begriffe »Enteignung« und »Aneignung« sind zentral in den entsprechenden Veröffentlichungen der Besetzer_innen. Was haben sie in diesem Sinn zu bedeuten? Die Beantwortung dieser Frage markiert wichtige Orientierungspunkte, wie an Universitäten studentische Räume demokratisch legitimiert, geschaffen sowie offen und hierarchiefrei gestaltet werden können.

Aneignen ohne zu enteignen

Im Fall der Villa BEL-Besetzung haben Studierende leerstehende Räume aus der öffentlichen Hand eingenommen und alle Interessierten ermutigt, sie zu nutzen. Hier entstand zwangsläufig ein Legitimationskonflikt: Regierung und die von ihr abhängige Hochschule sind durch Verfassung, Wahlen und Repräsentation abstrakt legitimiert, diese Räume zu nutzen. Gelingt es nicht, dieser abstrakten Legitimation eine stärkere, sichtbarere Legitimation entgegenzusetzen, braucht eine Besetzung gar nicht



Foto: Zwille

erst unternommen zu werden. Gesucht ist ein Umgang mit dem besetzten Objekt, der im besten Sinne demokratischer ist, möglicherweise sogar ohne Herrschaft auskommt. Und es muss vermieden werden, dass die Besetzung zur Landnahme und damit der Ort zur Ressource im gesellschaftlichen Kampf um Macht wird: Dies wäre nichts als eine räuberische Privatisierung. Was also legitimierte die Besetzer_innen, sich den Ort anzueignen? Dazu zunächst zwei Beispiele, die den Begriff ›Enteignung‹ deutlich machen sollen und anschließend ein Vorschlag zum Umgang mit den Begriffen ›Aneignung‹ und ›Enteignung‹:

In unserer unmittelbaren Umgebung finden laufend subtile Enteignungen statt, die wir gar nicht mehr gewohnt sind, als solche zu

bezeichnen. Wenn zum Beispiel die Daimler AG, die regelmäßig auf der TU-Firmenkontaktmesse um Absolvent_innen wirbt⁴ oder der NDR seinen Jobbewerber_innen Blut abnehmen lassen, um damit Gentests zu machen, ist dies eine teilweise Enteignung des eigenen Körpers.⁵ Die Betroffenen können es nur geschehen lassen oder auf die Chance auf einen gut bezahlten Job verzichten.

Enteignungen finden im Kontext der kapitalistischen Marktwirtschaft als Landnahmen statt. Klassisch dafür ist der ›Claim‹, den sich Siedler_innen im Westen der USA abstecken durften. Die Siedler_innen waren berechtigt, den Claim als ihr Land zu betrachten und jeden Eindringling mit Waffengewalt davon fernzuhalten. An diesem plastischen Beispiel wird klar, wie kapitalis-

tische Enteignung funktioniert: Der Siedler hat von nun an das Land als Produktionsmittel von Holz, und landwirtschaftlichen Produkten und ist damit in der Lage, Mehrwert zu produzieren. Gleichzeitig sind die ›Natives‹ und auch alle anderen von der Nutzung des in Besitz genommenen Landes ausgeschlossen, das heißt: enteignet.

Beim Versuch, den Begriff ›Aneignung‹ auf seine legitimatorische Kraft für eine Gebäudebesetzung auf dem Campus abzuklopfen, stieß die Besetzer_innen-gruppe zuerst auf folgende Definition:

»Einerseits kann man⁶ unter ›Aneignung‹ den Entzug und/oder die Konzentration von Macht verstehen. Im folgenden Text wird diese Definition der Verständlichkeit halber als ›Enteignung‹ bezeichnet. Andererseits kann man unter (wieder) ›Aneignung‹ auch das genaue Gegenteil verstehen: Die Rückholung und/oder Zerstreung von Macht. Was sowohl im folgenden Text als auch im oben beschriebenen politischen Kontext als ›Aneignung‹ bezeichnet wird.« Diese Definition schärft das Begriffspaar ›Aneignung/Enteignung‹ im Sinne der Besetzung der *Villa BEL* noch einmal erheblich: Es geht bei der Aneignung darum,

1. die Verfügungsgewalt über einen Ort möglichst auf alle Interessierten zu verteilen (Herrschaftsvermeidung),
2. Ausschlüsse aktiv zu thematisieren und zu vermeiden, da die Aneignung sonst zur neuerlichen Enteignung mit anderen Vorzeichen wird (Inklusion) und
3. der Aneignung ihre Dynamik zu belassen, in Bewegung zu bleiben, den Ort zu nutzen, um weitere »Halbinseln gegen den Strom« zu schaffen oder auszuweiten, wie es Friderike Habermann in ihrem Buchtitel treffend zusammenfasst (Dynamik)⁷.

Herrschaftsvermeidung

Die Auseinandersetzung mit dem Problem der Aneignung ging so weit, dass bei Aufruf zur Besetzung und »Konzept für eine offene Villa BEL«⁸ bewusst darauf verzichtet wurde, »wir« zu schreiben: Es sollte keine dominante Gruppe und kein Quasi-Eigentum entstehen, und es sollte allen signalisieren, die Lust auf Mitgestaltung haben, dass sie dazugehören und sich niemand nur deshalb wichtiger nimmt, weil er oder sie schon länger dabei ist. Ganz in diesem Sinne löste sich auch die Gruppe der etwa 30 Besetzer_innen auf einem der Perspektiven-Plena »in die *Villa BEL*-Initiative hinein auf«. Aber die Beteiligten der Perspektiven-Plena schrieben

auch explizit in das Konzept hinein, dass der neue offene Ort möglichst herrschaftsfrei sein solle. Er sollte Platz für Selbstorganisation bieten und gleichzeitig vor Vereinahmung durch hierarchische Organisationen schützen: Konfessionen, Parteien und ähnliche Verbände dieser Kategorie wurde darum die Beteiligung an Gestaltung und Definition des Raums explizit verwehrt. Was nicht bedeutet, dass Religion oder Parteipolitik nicht thematisiert werden darf. Lediglich eine Überlagerung des basisdemokratischen bis herrschaftsfreien und offenen Anspruchs des Projekts sollte damit verhindert werden.

Inklusion

Die Besetzer_innen der *Villa BEL* hatten früh als ihr Motiv erkannt, eine Aneignung zu versuchen, die nicht zur Landnahme einer privilegierten Gruppe oder zu einer erneuten Enteignung mutiert. Bereits im erwähnten Aufruf heißt es: »Lasst uns unser Leben zurückholen! Räume gibt es an den Berliner Unis genug. Lasst uns reingehen und drin bleiben und der täglichen Enteignung eine bewusste Aneignung entgegensetzen. Bewusst heißt, dass diese Aneignung inklusiv ist: Jede_r gehört dazu – diskriminierendes und dominantes Verhalten hat in diesen Räumen keinen Platz, sondern wird thematisiert, sobald es auftaucht.«⁹

In den ersten Tagen der Besetzung erarbeiteten bis zu 60 Menschen auf verschiedenen Perspektivenplena ein »Konzept für eine offene *Villa BEL*«¹⁰, dem folgende Idee von Offenheit vorangestellt war:

»Ein Treffpunkt nicht nur für Studierende, um sich zu vernetzen, zu lernen, zu reden, zu diskutieren, zu leben und über die Uni hinauszudenken. Die *Villa BEL* ist nicht Besitz für einige, sondern Möglichkeit für viele. Wir möchten einen klaren Begriff von Offenheit leben, der alle mit einschließt. Das heißt: Menschen mit Migrationshintergrund, Queere, Menschen mit Behinderung und Menschen, die sich als ›normal‹ bezeichnen, kommen in der *Villa BEL* vor und fühlen sich wohl. Alle Nutzer_innen übernehmen Verantwortung dafür, diese Form von Offenheit immer wieder neu herzustellen und dafür aktiv einzutreten.« In der Praxis hat es schon öfters Vorfälle gegeben, etwa homophobe Pöbeleien oder belästigende Aussprüche im Rausch. Es hat sich bewährt, dass solche Vorfälle angesprochen und hinterher nachbereitet werden. Außerdem achten die Nutzer_innen darauf, dass Übersetzung organisiert wird, falls jemand nicht gut Deutsch versteht oder dass für Übernachtungsmöglichkeiten bei unverhofftem Besuch gesorgt wird.

Dynamik

Aktionstrainings, Mitgestaltung der Besetzung des Audimax der TU Berlin und die Ermutigung und Unterstützung anderer Gruppen, die offene Räume aufbauen oder verteidigen. Die Aktions- und Bewegungsorientiertheit hat sich auch durch den Einzug in die *Zwille* nicht abgeschwächt. Auch der neue Ort ist dafür da, sich zu sammeln, um den gesetzten Rahmen in genau die Richtungen bewusst zu überschreiten, die uns zur Zeit abgeschnitten werden.

All dies läuft auf die punktuelle Verminderung der Verdrängungs- und Enteignungsdynamik hinaus. Allerdings ist die Frage damit noch nicht geklärt, ob und unter welchen Umständen derartige Aneignungen auch der Machtkonzentration auf gesamtgesellschaftlicher Ebene etwas entgegenzusetzen haben, oder ob sie durch diese immer wieder von erneuter Enteignung bedroht sind. Der Text »Was heißt ›gesellschaftliche Aneignung‹?« von Werner Imhof¹¹ macht darauf aufmerksam, dass punktuelle Aneignungen, wie viele es auch werden mögen, Machtkonzentration in Form von Kapitalakkumulation nicht aufheben können.

Imhof hebt besonders hervor, dass die Menschen durch das Konzept des Privateigentums vereinzelt sind und diese Trennung voneinander auch nutzen müssen, damit Mehrwert entstehen kann, den sie im Kapitalismus brauchen, um Waren zu generieren, die sie verkaufen können. Das lässt sich auch auf den universitären Alltag anwenden. Stellen wir uns zum Beispiel vor, es gäbe an der FU keine studentischen Cafés mehr, wie beispielsweise das *Rote Café* am *Otto-Suhr-Institut*: Im *Roten Café* haben sich Studierende zusammengetan, um einen Ort zum ausruhen, lesen und diskutieren zu haben, einen Treffpunkt, an dem menschlich auch mal einen Tee oder etwas zu Essen machen kann. Lebensmittelversorgung, Abwasch und andere Tätigkeiten werden untereinander aufgeteilt. Der Ort ist offen für alle, und wer etwas isst oder trinkt lässt eine kleine Spende da, die den Einkaufspreis decken soll. Ohne solche Orte ist das Leben an der teurer, weil in den Cafeterien Mehrwert erwirtschaftet werden muss, auf den wiederum Menschen zum Leben angewiesen sind. Sie sind nicht solidarisch organisiert, und erkennen die Menschen nur in ihrer Rolle als konsumierende Einzelne.

Auf ähnliche Art nehmen in unseren Beziehungen fast alle Dinge Warencharakter an, werden also insgeheim von uns allen auf ihren Wert am Markt hin überdacht. Dies

gilt auch für offene Räume und solidarische Anliegen: Bietet eine Gruppe zum Beispiel im Bildungsprotest Essen gegen Spende an, so wurde sicher vorher überlegt, wie teuer eingekauft und wie aufwändig gekocht werden kann, um am Ende möglichst viel Geld für den Spendenzweck in der Kasse zu haben. Spätestens, wenn das Geld für den Einkauf nicht eingenommen wird, kann die Gruppe daran auseinander brechen. Aus dem Einwurf Imhofs folgt, dass wir uns nicht außerhalb des Marktes, des Profitdenkens und der Warenwelt stellen können.

Der Markt sorgt für eine stetige Durchdringung der gesamten Gesellschaft, somit auch des universitären Alltags, und stellt die spezifischen Ungleichheiten und Grenzen immer wieder von neuem her, auf denen er basiert. Das einzige, was wir tun können, ist unser Handeln auf dieses Problem hin zu reflektieren und in allen Widersprüchen mit »echtem Geld« solidarisch umzugehen, die Trennungslinien, die der Kapitalismus zwischen uns zieht, wahrzunehmen und kontinuierlich punktuell aufzuheben, da erst dies die Kontinuität der Enteignungen unterbrechen kann. Daneben gibt es noch einen wertvollen Hinweis in Imhofs Text: Alles, was unter dem Vorzeichen der Subsistenz geschieht, ist dem Einfluss des Marktes ein Stück weit entzogen und kann emanzipativ genutzt werden.

Damit ergeben sich also zwei weitere Bedingungen für eine ›Aneignung‹, die keine ›Enteignung‹ ist:

4. Bewusstsein und Solidarität gegen die ökonomischen Trennungen.

5. Subsistenzwirtschaft betreiben, wo immer dies möglich ist.

Wie geht es weiter?

Nach dreizehn Tagen verließen die Besetzer_innen die Villa. Sie standen in Verhandlungen mit der Leitung der TU und erhielten wenig später als Ersatz für die Villa eine Etage in einem anderen Gebäude auf dem Campus: Die heutige *Zwille*. Die Besetzung hatte viele Menschen und viel Energie mobilisiert, aber auch sehr viel Kraft gekostet. Auf eine Räumungsdrohung der Unileitung hin hatten sie einen weiteren Umzug vor das Büro des Präsidenten organisiert. Unerkklärlicherweise wurden in Erwartung der Besetzer_innen sämtliche Beschäftigte der Unileitung, sowie Präsident und Kanzlerin der TU »evakuiert«. Allein der Vizepräsident wartete in seinem Büro, bewacht von vier Bodyguards. Die Studierenden hatten eine Nacht lang ihr Konzept zu Papier ge-

bracht und innerhalb von 26 Stunden über 1000 Unterschriften von TU-Angehörigen »für eine offenen *Villa BEL*« gesammelt.

Alles war darauf ausgelegt, einen offenen Raum zu schaffen. Die *Villa BEL* war bei weitem die beste Möglichkeit dafür. Aber die Villa war überplant. Verbündete innerhalb der TU spekulierten auf die Räume. Die Bauarbeiten waren terminiert und gegenüber der Villa tat sich bereits eine riesige lärmende Baugrube auf. Dennoch: Trotz der Enttäuschung, die Besetzung abbrechen zu müssen, reichte die Kraft des erarbeiteten Konzepts, um drei Monate ohne Ort durchzustehen, eine Renovierung zu organisieren und ein Programm für die neuen Räume zu erarbeiten. Jeden Donnerstag gibt es jetzt ab 17.00 Uhr Volxküche in der Zwille, und anschließend findet um 18.15 Uhr der *Giftgrüne Blitz- und Donnerstag* statt.

Aus der Zwillle heraus findet sicher noch eine lange Suche statt, wie Aneignung ohne Enteignung passieren kann. Auf die oben angesprochenen Trennungen und die Frage, wie viel Subsistenz in einem solchen Raum möglich ist, werden noch allererste Antworten gesucht. Zumindest gehört zur Zwillle dazu, dass – in Auseinandersetzung mit dem Brandschutzbeauftragten – eine richtige Küche eingerichtet wird. Und es gibt jeden Donnerstag Solitresen und hin und wieder auch eine Soliparty. Natürlich bist du, liebe Leserin, lieber Leser, herzlich in die Zwillle eingeladen. **Es gibt noch eine Menge zu gestalten.**

Zwillle – offen für alle, die offen sind
(Nachfolgeprojekt der *Villa BEL*-Besetzung)

TU Berlin, Südcampus, Z-Gebäude, 3. OG,
Fasanenstraße 1, Ecke Müller-Breslaustraße
Lageplan: www.tu-berlin.de/index.php?id=3244

VoKü jeden Donnerstag, 17.00 Uhr,
Initiativenbüro, autonome Seminare,
emanzipative Veranstaltungen,
selbstorganisierte Räume zum
Lernen und Leben

E-Mail: dieueblichenverdaechtigen@gmx.de
Homepage: www.villabel.org
Mitmachen und Mitnutzen unter:
<http://we.riseup.net/villabel>

1 An der TU Berlin sind seit der Bildungsexpansion etwa 15-20% der Studierenden Migrant_innen

2 vgl. *RCDS will raus aus der Villa*:
www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2006/11/07/a0223

3 siehe <http://we.riseup.net/villabel+oeffentlichkeit/chen-aufruf>

4 vgl. www.firmenkontaktmesse.de/messe/berlin.nsf/web/studenten_aufMesse_aussteller_de

5 vgl. <http://wochenjournal.zdf.de/ZDFde/inhalt/26/0,1872,7920186,00.html> und www.ksta.de/html/artikel/1257419192866.shtml

6 in Identitäts-feministischer Sprachpolitik gebräuchliche Ersetzung des Wortes »man/mensch«

7 Friederike Habermann: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Sulzbach/Taunus, 2009

8 siehe <http://dasrennenvonbelville.blogspot.de/images/VillaBELKonzept.pdf>

9 siehe <http://we.riseup.net/villabel+oeffentlichkeit/chen-aufruf>

10 siehe <http://dasrennenvonbelville.blogspot.de/images/VillaBELKonzept.pdf>

11 Vgl. www.opentheory.org/kw48_02-1/text.phtml

Kafka in Dahlem

Zu den Folgen der Proteste gegen die Immatrikulationsfeier 2008

Text: Max Brot

–Sie kommen jetzt mit zum Mannschaftswagen!

–Warum soll ich mitkommen? Was werfen sie mir vor?

–Sie kommen jetzt mit. Mir reicht's.

Der Kreuzfesselgriff des Polizeibeamten beendet die Scheindiskussion abrupt an dieser Stelle .

Drei Studierende wurden am 5. November 2008, direkt vor dem Henry-Ford-Bau auf dem Campus der FU, von der Polizei auf ähnliche Art und Weise festgenommen, mit haarsträubenden Vorwürfen belastet und anschließend »erkennungsdienstlich behandelt« (Fotos, Fingerabdrücke, persönliche Angaben). Die Festnahmen und die darauf folgenden Anzeigen wurden so durchgeführt, dass sie nicht einmal durch die herrschende Rechtsprechung legitimiert werden können. Festnahmegründe wurden nicht genannt, der Vorwurf der Körperverletzung schlichtweg erfunden. Beim Gefangentransport und auf der Wache kam es zu vielfältigen Schikanen durch Polizist_innen. Lauter Erlebnisse, die zum Alltag vieler Menschen gehören, deren politische Meinungsäußerung verboten wird.

Feierei und Festnahmen

Am 5. November 2008 fand im Audimax des Henry-Ford-Baus die offizielle Immatrikulationsfeier für alle FU-Studierenden des ersten Semesters statt. Gastredner war Bundespräsident Köhler, womit ein enormes Sicherheitsaufgebot gerechtfertigt wurde (ausführlicher Bericht in *Out Of Dahlem* Nr. 8).

In den vergangenen Jahren hat es an der FU mehrfach Studierendenproteste anlässlich der Immatrikulationsfeier gegeben. Der diesjährige Protest, in Form einer alternativen Imma-Feier richtete sich gegen Überwachung und Eliteuniversitäten, für die soziale Öffnung der Unis und gegen die neoliberale Politik, für die Horst Köhler und der FU-

Präsident Lenzen eintreten. Kurz nachdem einige Studierende von außen an die Fensterscheiben des Hörsaals klopfen, wird ein junger Mann festgenommen. Der 21-jährige habe ein Plakat vor dem Körper gehalten, welches kein Impressum trug, erklärt die Berliner Polizei. Zu einer weiteren Festnahme kam es bereits bei der Ankunft des Bundespräsidenten. Ein 23-jähriger Student soll aus ca. 20 Meter Entfernung den Bundespräsidenten als »dumme Sau« angeschrien haben. Der Polizeiliche Staatsschutz hatte die Ermittlungen wegen »Verunglimpfung des Bundespräsidenten« übernommen, denn dieses Vergehen kann laut Strafgesetzbuch mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden. Inzwischen wurden das Verfahren allerdings eingestellt.

Etwas später kommt es zu einer weiteren Festnahme: »Ihnen hab ich doch eben einen Platzverweis erteilt« raunzt ein Polizist eine Studentin an. Laut der Berliner Polizei habe die Studentin den Beamten daraufhin getreten. Eine Anschuldigung, die sie und auch andere Anwesende bestreiten. Es kommt zu Gerangel, die junge Studentin wird von zwei Polizisten in einen Polizeitransporter gezerrt. Die umstehenden etwa 15 Personen werden von der Polizei verdächtigt, sich einer versuchten Gefangenenbefreiung schuldig gemacht zu haben. Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt seien eingeleitet worden. Zu guter Letzt wurde noch ein Student unter dem Vorwurf festgenommen, dass er sich mit einem Schal verummmt habe.

Ein Jahr später: Der Prozess

Gegen die 23-jährige Studentin und den 21-jährigen Studenten fanden bereits Prozesse vor dem Berliner Amstgericht statt. Im Falle der Studentin wurde über den Redaktionsschluss ein Strafbefehl von 70 Tagessätzen à 30 Euro verhandelt und der Prozess bisher zwei mal vertagt. Der Student wurde bereits im Oktober wegen Wider-

stand und fahrlässiger Körperverletzung zu 30 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt. Während des Prozesses haben drei Studierende und der Angeklagte selbst ausgesagt und alle Anschuldigungen abgewiesen. Die Staatsanwaltschaft berief sich in ihrem Plädoyer lediglich auf die eine, »glaubhafte« Aussage des festnehmenden Polizisten. Das seinen Lügen vier gegenteilige Zeugenaussagen gegenüberstanden und Widersprüche, in die sich der Polizist verstrickte, deutlich aufgezeigt werden konnten, interessierte die Staatsanwältin Lindert herzlich wenig. Eine Einstellung, die die Richterin anbot, lehnte die Staatsanwältin unter anderem mit der Begründung ab, dass dies aus prozessökonomischen Gründen nicht zu vertreten sei, denn zu dem Zeitpunkt wurde bereits über zweieinhalb Stunden verhandelt. Außerdem sei der Angeklagte in keinster Weise einsichtig, fügte sie hinzu. Eine Erklärung, worin die Einsicht bestehen sollte, wenn die Anklage nicht der Wahrheit entspricht, blieb Frau Lindert allen Zuhörer_innen schuldig.

Die Richterin Garske-Ridder erfüllte in ihrer Urteilsverkündung die Forderungen der Staatsanwältin vollkommen und ver-

heimlichte ihre erzieherischen Ambitionen keineswegs. Mitleidig wandte sie sich an den Angeklagten und sagte ihm: »Sie sind doch noch so jung. Wissen Sie nicht, dass sie bei einer Vorstrafe Probleme mit ihrer späteren Zulassung als Lehrer bekommen können? Warum machen sie so etwas?« Dass sie so Studierenden, die Lehrer_innen werden wollen, die politische Meinungsäußerung ausredet, erschien ihr völlig selbstverständlich. Die ca. 25 Zuschauer_innen, die den Angeklagten unterstützten, drückten durch Plakate (»Stopp der Kriminalisierung von politischem Protest!«) und Kommentare ihren Unmut über das Urteil aus. Gegen die richterliche Entscheidung wurde bereits Widerspruch eingelegt, so dass der Prozess nun in die zweite Runde vor das Landgericht geht.

Kommt zahlreich zu den Folgeterminen der beiden Prozesse und unterstützt die Angeklagten! Achtet auf Terminankündigungen. Falls ihr die Festnahmen beobachtet habt, meldet euch unbedingt, auch wenn es nun schon ein Weile her ist. Über die Redaktion könnt ihr Kontakt zu den Angeklagten aufnehmen.

Everyone's lining up for a brand new pick up truck.
I need a ghost ship. Everyone left behind the Maritimes.
I need a history. The oil rush is falling down like rain.
Falling down like rain. On all of us. Ask the devil into
your heart, And you'll never be alone. There's no time
to stand apart In your new prairie home. And the
Calgary tower stands up in the sky. Like a giant fist that
sticks up with all of it's might. And the Calgary tower is
shining in the night. Like the mast of a ghost ship on
it's inaugural flight. My heart is a piece of Garbage.
Fight. Seagulls. Fight. **Rae Spoon**